

**JETZT ANPACKEN.**  
**PROGRAMM FÜR DINKELSBÜHL.**

**Handbuch der Sachpolitik 2004-2008**

## PRÄAMBEL

*Jedes Einzelinteresse kann seine Rechtfertigung nur dadurch finden, dass es geeignet ist, auch dem Interesse des Ganzen zu dienen.*  
*Ludwig Erhard*

Die Verschuldung Dinkelsbühls wird bis zum Jahresende 2007 auf ca. 22,5 Millionen Euro steigen. Sie liegt damit um das 2,5 fache über dem Bay. Landesdurchschnitt. Allein aufgrund dieser sehr angespannten Haushaltslage ist es unbedingt geboten, für die Zeit bis zur nächsten Kommunalwahl im Jahre 2008 ein mehrheitlich getragenes Handlungsprogramm für unsere Stadt zu erarbeiten. Ziel muss es sein, dieses Programm möglichst im Einvernehmen mit dem gesamten Stadtrat zu erarbeiten und zu verwirklichen.

Wesentliche Gesichtspunkte dafür sind

- **die Festlegung der Handlungsschwerpunkte,**
- **die Bildung einer Prioritätenliste,**
- **die Festlegung von Realisierungszeiträumen,**
- **die Finanzierung von Maßnahmen,**
- **die Berücksichtigung des Willens der Bürgerschaft und**
- **die Berücksichtigung einer offenen und ehrlichen, eindeutigen und verlässlichen Kommunalpolitik.**

Dieses Handlungsprogramm soll Grundlage sein für die nächsten Haushaltsplanungen und –beratungen sowie für die Stadträte aller Parteien im Rahmen einer überparteilichen, freiwilligen Zusammenarbeit weitestgehend eine einvernehmliche Agenda darstellen.

## **GLIEDERUNG**

### **1. Soziales**

- 1.1. Schulischer Bereich
- 1.2. Jugendarbeit/Jugendangebot
- 1.3. Aktive Bürgergesellschaft
- 1.4. Konkrete Projekte

### **2. Sicherheit**

- 2.1. Feuerwehr
- 2.2. Sicherheit

### **3. Tourismus, Verkehr, Kultur**

- 3.1. Innerstädtisches Verkehrs- / Vermarktungskonzept
- 3.2. Veranstaltung / Bewerbungen
- 3.3. Straßenbaumaßnahmen
- 3.4. Konkrete Projekte

### **4. Wirtschaft**

- 4.1. Zusammenarbeit mit der priv. Wirtschaft
- 4.2. Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden
- 4.3. Gewerbepark Waldeck
- 4.4. Innenstadt-Entwicklung/Stadtmarketing
- 4.5. Konkrete Projekte

### **5. Finanzen**

### **6. Maßnahmen in den Stadtteilen**

### **7. Verfahrensfragen**

### **8. Entbürokratisierung**

## 1.1.0

### Soziales - Schulischer Bereich

#### Grundsätzliches

Mit allen Schulleitern ist im Rahmen einer gemeinsamen Gesprächsrunde (Runder Tisch) zu klären, wie die Attraktivität des Schulstandortes Dinkelsbühl erhalten bzw. weiter gesteigert werden kann. Dabei sollten auch die Eltern- und Schülervertretungen eingebunden werden (z.B. durch Bildung einer schulübergreifenden Elternvertretung/Gesamtelternbeirat/Schülervertretung).

Es muss darüber hinaus unser Ziel sein, neue Ausbildungsrichtungen (staatliche oder private) in der Stadt anzusiedeln. Eine Absprache bzw. enge Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, insbesondere im baden-württembergischen Raum erscheint dazu unerlässlich.

Der Oberbürgermeister nimmt regelmäßig am Schulleiterstammtisch teil.

Ein gemeinsamer Prospekt „Bildung im Park“ ist erschienen. Er präsentiert den Schulstandort Dinkelsbühl, bzw. stellt die zahlreichen Ausbildungskomponenten öffentlichkeitswirksam dar.

**Bau eines Blockschülerheimes für die Schüler der staatlichen Berufsschule**

Handlungsbedarf:

Die Schüler der staatlichen Berufsschule, die im Blockunterricht beschult werden – dies betrifft hauptsächlich den Kunststoffformenbau) sind zurzeit dezentral, d.h. in Privatunterkünften untergebracht. Es liegen zahlreiche Beschwerden aus anderen Regierungsbezirken hinsichtlich dieser Unterbringung vor. Sollte eine zentrale Unterbringung, die auch eine Beaufsichtigung der Schüler in der unterrichtsfreien Zeit einschließt, nicht geschaffen werden, besteht die Gefahr, dass ein Schülerabfluss erfolgt und in der Folge die Schule in ihrem Bestand gefährdet wäre.

Sachaufwandsträger/Finanzierung:

Sachaufwandsträger ist der Landkreis Ansbach, ihn trifft somit auch die Finanzierungslast. Da es ureigenstes Interesse unserer Stadt ist, den Standort auch langfristig zu sichern, muss die Forderung auf Realisierung des Blockschülerheimes von allen politischen Parteien und Gruppierungen an den Landkreis herangetragen werden.

Aufgabe der Stadt:

- Bereitstellung eines geeigneten Grundstücks
- Finden eines privaten Investors, der den Bau erstellt und diesen an den Landkreis Ansbach langfristig verpachtet (Vorgespräch mit dem Landrat wurde dahingehend bereits geführt)
- Areal sollte auch Erweiterungsmöglichkeiten zulassen

Zeitrahmen:

Bezug spätestens Ende 2005

Dringlichkeit:

sehr hoch

In der Stadtratssitzung vom 17. Dezember 2003 wurde der Bebauungsplan „Ellwanger Straße“ geändert und auf den Flurstücken Nr. 1857 und 1852 ein Sondergebiet für „schulische Einrichtungen“ geplant.

Zurzeit gibt es Gespräche zwischen Stadt, Landkreis und dem Staatsministerium um Bestandszusage für die Berufsschule zu erreichen. Konkret wurde beantragt, das sog. „Erdinger Modell“ auch in Dinkelsbühl anzuwenden. D.h. Bestandsgarantie des KuMi für die Berufsschule (z.B. auf 20 Jahre); private Investoren (in Schülerheim) erhalten ebenfalls staatliche Förderung.

Die Zustimmung des Ministeriums zum Bau in einem „PPP-Modell“ (PublicPrivatePartnership) steht noch aus und gestaltet sich problematisch. Der Stadtrat verabschiedete in seiner Sitzung am 27.10. 04 eine Resolution, um auf die Dringlichkeit dieser Angelegenheit noch einmal deutlich hinzuweisen. Mittlerweile (Stand April 2005) stellt sich der Landkreis dem Problem. Das Raumprogramm ist genehmigt. Es ist davon auszugehen, dass das Schülerheim bis zum Schuljahr 2006/07 bezogen werden kann.

*Sept./Oktober 2005 spricht der Landkreis als Sachaufwandsträger weder vom „Erdinger Modell“ noch von einem „PPP-Projekt“. Auch hat er von einem Blockschülerheim an der Ellwanger Straße Abstand genommen. Darauf deuten zumindest Ausschreibungsergebnisse hin, die für diesen Standort vorliegen.*

*Zwischenzeitlich (Ende Oktober 2005) liegen auch Ausschreibungsergebnisse vor für eine Unterbringung der Schüler in Feuchtwangen. Auch die Hospitalstiftung Dinkelsbühl hat für die Einrichtung eines Schülerheims in der Hospitalanlage ein Angebot abgegeben. Die Planungen für die Umbaumaßnahmen wurden durch das Stadtbauamt vorgenommen. Die Entscheidung obliegt allein dem Landkreis und hier zunächst dem Kreisausschuss.*

*Der Kreisausschuss hat sich in seiner Sitzung am 12.12. 2005 mit dem Angebot der Hospitalstiftung Dinkelsbühl befasst. Eine Entscheidung wurde jedoch nicht getroffen, vielmehr wurde beschlossen, nach zu verhandeln mit dem Ziel, einen modifizierten Mietvertrag vorzulegen.*

*Diese Verhandlungen zwischen Landkreis und Hospitalstiftung erfolgten am 22.12. 2005 im Landratsamt Ansbach. Der Entwurf des Mietvertrages wurde soweit geändert, dass der Kreisausschuss im Januar 2006 abschließend entscheiden konnte.*

*Am 16.01. 2006 fiel in einer neuerlichen Sitzung des Kreisausschusses die Entscheidung zugunsten des Standortes Dinkelsbühl. Die Sanierung des Hauses A der Hospitalanlage zur Unterbringung von 60 Schüler/innen wird vom städtischen Bauamt geplant. Die Herstellungskosten belaufen sich auf 650.000 Euro.*

*Die Aufträge für die Umbaumaßnahmen wurden im April an die entsprechenden Firmen vergeben; am 18. April 2006 war Baustart, Ende war im November 2006. Die Einweihung fand am 6. Dezember 2006 statt, nach den Weihnachtsferien im Januar 2007 haben die Schüler der Berufsfachschule das neue Haus bezogen.*

**Sanierung der Grundschule**

Handlungsbedarf:

Nach Abschluss des Hauptschulneubaues zu Beginn des Schuljahres 2004/05 wird die Sanierung der Grundschule in Angriff genommen.

Sachaufwandsträger:

Stadt Dinkelsbühl

Zeitraumen:

ab 2005/2006

Dringlichkeit:

Hoch

*Die Kostenschätzungen schwankten (Stand 2004) noch zwischen 1,4 und 2,7 Mio. Euro. Die Schule wurde vollständig im hauseigenen CAD erfasst. Ende Oktober 2004 fanden Gesprächsrunden sowohl mit dem Lehrerkollegium wie dem Elternbeirat statt, um die Planungen abzustimmen. Derzeit wird das Raumprogramm überarbeitet und anschließend der Reg. v. Mittelfranken zur schulaufsichtlichen Genehmigung vorgelegt.*

*Nach den geänderten Förderrichtlinien gibt es keine Unterscheidung mehr nach dem Ausmaß der Sanierungsarbeiten: Es muss keine „Generalsanierung“, die mindestens 50% der Neubaukosten erreicht, erfolgen, um Förderung zu erhalten. Die jetzige Planung orientiert sich daran, wie eine moderne, zeitgemäße Schule realisiert werden kann.*

*Im Haushaltsplan 2004 waren 10.000,00 Euro für die Fachingenieur-Planung eingestellt; durch verschiedene Fachingenieure wurde der Sanierungsbedarf festgestellt. In der mittelfristigen Finanzplanung wird für die Jahre 2006 und 2007 von Gesamtkosten von etwa 2 Millionen Euro ausgegangen. Die Arbeiten müssen vom Zeitplan her an die Sanierung des kath. Kindergartens angepasst werden.*

*Die Förderanträge wurden im Oktober 2005 bei der Reg. V. Mittelfranken eingereicht. Es wird von einem Investitionsvolumen von 2,55 Mio. Euro ausgegangen. Von staatlicher Seite wird ein Zuschuss in Höhe von 900.000 Euro erwartet.*

*In der Sitzung vom 30. November 2005 stimmte der Stadtrat der von der Kämmerei vorgelegten Finanzierung der Maßnahme zu und vergab die Fachingenieurleistungen für die Elektro-, Sanitär- und Heizungsplanung.*

*Die Ausführungsplanung wurde nach der Sitzung des Bauausschusses im Februar 2006 erstellt. In der Stadtratssitzung im Juli erfolgten die Vergaben. Mitte August, nach dem Umzug der Schüler in die alte Hauptschule und teilweise der Förderschule, konnte mit dem Bau begonnen werden, Fertigstellung der Maßnahme ist für Schuljahresbeginn 2007 geplant.*

*Die Einweihung der generalsanierten Grundschule fand im Beisein des früheren Staatsministers im Kultusministerium, Herrn Karl Freller, am 9. November 2007 statt.*

### **Einführung der Ganztagesesschule in der Grund- bzw. Hauptschule**

#### Handlungsbedarf:

Der Stadtrat hat im 2.Quartal des Jahres 2003 beschlossen, dass für die Grund- bzw. Hauptschule eine Ganztagesbetreuung eingeführt werden und entsprechende Bewerbungen laufen sollen. Nach Rücksprache mit dem Rektor der Hauptschule Dinkelsbühl, Herrn Malecha, soll dies für alle Jahrgangsstufen für jeweils eine Klasse gelten. Dabei sollen die betroffenen Eltern auf freiwilliger Basis entscheiden, ob ihre Kinder die Ganztagesklasse besuchen. In einer zunächst zentralen Aufklärungsveranstaltung am 25.11.2003 in der Aula der Hauptschule wurde der Bedarf an Plätzen ermittelt. Die geringe Rückmeldung macht eine Umsetzung für 2004/2005 nicht notwendig.

Diese Aufklärung ist gegebenenfalls in den Stadtteilen fortzuführen.

#### Aufgabenträger:

Die Personalkosten des zusätzlichen Lehrpersonals werden vom Freistaat Bayern übernommen. Eventuell ist eine begleitende pädagogische Betreuung erforderlich, welche ggf. gemeinsam von Stadt und Lehrkörper zu stellen ist. Eine Einbeziehung der Eltern ist notwendig.

Zu klären bleibt auch, ob Mehrkosten für eine zusätzliche Schülerbeförderung durch Nachmittagsfahrten anfallen. => *Dies hängt allein vom Unterrichtsende ab. Bei guter Absprache zwischen allen Schulen wären sogar Synergieeffekte denkbar.*

Kosten durch Einrichtung von Unterrichtsräumen dürften nicht anfallen, da bestehende Räume genutzt werden können.

#### Finanzierung:

- Lehrpersonal: Freistaat Bayern
- Pädagogische Zusatzbetreuung: Stadt, Lehrkörper, Eltern
- Schülerbeförderungskosten: Stadt Dinkelsbühl, wobei ca. 60% vom Freistaat Bayern übernommen werden

#### Zeitrahmen:

ab Schuljahr 2004/2005 => *nach Befragung der Eltern der Grundschüler besteht momentan kein Bedarf. In der Hauptschule steht im Neubau ein Raum für die Mittagsbetreuung zur Verfügung, desgleichen in der sanierten Grundschule.*

#### Dringlichkeit:

hoch

#### Anmerkung:

*Aus Gleichbehandlungsgesichtspunkten erscheint es sinnvoll, auch den Bedarf eines Ganztagesangebots an den Schulen zu ermitteln, bei welchen der Landkreis Ansbach Sachaufwandsträger ist (s. dort).*

**Einführung der Ganztagesesschule am Gymnasium**

Nach Einführung des G8 und einem dadurch stark verdichteten Stundenplan zeigt sich an den Gymnasien verstärkter Bedarf an qualifizierter Mittagsbetreuung der Schülerinnen und Schüler.

Am Gymnasium Dinkelsbühl soll daher nach Abschluss der Erweiterungsmaßnahmen (Herbst 2006) ein Mensagebäude errichtet werden. Geplant ist ein Bau auf dem Schulcampus am Ulmer Weg („Stierwiese“), Bau- und Kostenträger ist der Landkreis Ansbach. Die Maßnahme befindet sich derzeit in der Planung, Baubeginn und Fertigstellung soll noch im Jahr 2007 sein.

*Die Bauverwaltung beim Landratsamt hat ihre optimistische Prognose mittlerweile relativiert und geht von einer Fertigstellung im Jahr 2008 aus.*

**Fortbestehen der Staatlichen Wirtschaftsschule**

Handlungsbedarf:

In Dinkelsbühl gibt es keine Realschule. Die R6 wird in Feuchtwangen zurzeit eingerichtet bzw. die räumlichen Voraussetzungen geschaffen. Damit besteht die Gefahr, dass zunehmend Schüler ab der 5. Jahrgangsstufe in die R6 nach Feuchtwangen abwandern und in der 7. Jahrgangsschule nicht wieder in die Staatliche Wirtschaftsschule nach Dinkelsbühl zurückwechseln. Somit brechen in Dinkelsbühl mittelfristig die Schülerzahlen weg und der Bestand der Staatlichen Wirtschaftsschule, die einen sehr guten Ruf genießt, ist gefährdet. Das Problem verstärkt sich durch das Angebot des M-Klassenzuges in der Hauptschule, wodurch die Übertrittszahlen von der Hauptschule drastisch zurückgehen.

Da der Übertritt in die Realschule momentan zwangsläufig eine Fahrbelastung nach Feuchtwangen bedeutet, wirkt sich das für die Kinder der 5. und 6. Jahrgangsstufe nachteilig aus.

Die Problematik wurde Herrn Staatssekretär Freller, Herrn Landrat Schwemmbauer und Herrn Bürgermeister Eckhardt bereits mitgeteilt. Details sollen bei einem Gespräch im Kultusministerium im März 2004 erörtert werden.

Sachaufwandsträger:

Freistaat Bayern bzw. der Landkreis Ansbach

Zeitraumen:

ab Schuljahr 2004/2005

Dringlichkeit:

sehr hoch

Lösungsmöglichkeiten:

- Ergebnis des Gesprächs am 17.03. 2004 mit Ministerin Hohlmeier:  
Die ursprünglich angedachten Außenklassen (Jahrgangsstufe 5 und 6) der Realschule Feuchtwangen sind nicht realisierbar. Ebenso wenig eine R6 mit „wirtschaftlicher“ Ausrichtung.
- Zur Stärkung der Wirtschaftsschule wurde ab Schuljahr 2004/05 ein 2-stufiger Zweig der Schule „aufgesetzt“.
- Zudem wurde von der Ministerin ein weiterer, beruflicher Zweig für die Berufsschule fest zugesagt, zur Stärkung des Kompetenzzentrums Dinkelsbühl => *seit dem 1.09. 2004 gibt es an der staatl. Berufsschule den Zweig für kaufmännische Assistenten.*
- Stadt und Landkreis stehen in Sachen Wirtschaftsschule weiterhin in gutem Kontakt.
- *Bei weiteren Gesprächen im Kultusministerium kristallisierte sich heraus, dass sich an der Situation zunächst nichts Grundlegendes ändern wird. Die Schülerzahlen an der Wirtschaftsschule haben sich mittlerweile auf niedrigem Niveau stabilisiert.*

**Machbarkeitsprüfung einer FOS (Außenstelle Ansbach bzw. länderübergreifend)**

Handlungsbedarf:

Um der Abwanderung von Jugendlichen nach Abschluss ihrer Schulausbildung entgegenzuwirken, bedarf es zur Vervollständigung des Bildungsangebotes in Dinkelsbühl einer weiteren Stufe der schulischen Ausbildung, ggf. einer Fachoberschule. Diese könnte als Außenstelle der FOS Ansbach oder ggf. länderübergreifend in Zusammenarbeit mit den Kommunen in Baden-Württemberg eingerichtet werden.

*(Die Machbarkeit ist zunächst mit der Regierung von Mittelfranken zu klären.)*

Aufgabenträger:

Freistaat Bayern

Dringlichkeit:

Mittel

Die Errichtung einer FOS/BOS ist für die nähere Zukunft nicht absehbar. Für die Einrichtung einer Außenstelle der FOS Ansbach besteht derzeit nach Auffassung des Kultusministeriums kein Bedarf, da dort keine Engpässe bestehen.

In unserem nur dünn besiedelten Raum fehlt einfach die Nachfrage in Form von jungen Menschen. Die Steigerung der Einwohnerzahl muss auch vor diesem Hintergrund oberste Maxime sein. Sie wird längerfristig auch zu einem breiteren Bildungsangebot führen.

**Gewinnung von privaten Bildungsträgern**

Handlungsbedarf:

Zur Sicherung und weiteren Attraktivitätssteigerung des Schulstandortes Dinkelsbühl sollten weitere Bildungsträger auch aus dem privaten Bereich gewonnen werden.

Die in Dinkelsbühl vorzufindende Struktur ist dafür ideal geeignet, insbesondere wenn bei dem erwähnten Bau des Blockschülerheimes darauf Rücksicht genommen wird (Synergieeffekte).

Aufgabenträger:

Private Investoren, wobei die Stadt hier eng mit dem IHG und der privaten Wirtschaft zusammenarbeiten muss.

*(Mögliche Entwicklungspotentiale sind mit dem Bayerischen Kultusministerium und der Privatwirtschaft abzuklären.)*

Dringlichkeit:

Mittel

s. vorne Blockschülerheim unter 1.1.1.

**Gewinnung von zusätzlichen staatlichen Ausbildungsrichtungen**

Handlungsbedarf:

Um die Attraktivität des Schulstandortes Dinkelsbühl weiter zu steigern, erscheint es geboten, nach neuen Ausbildungsrichtungen Ausschau zu halten.  
Denkbar wären z.B. Bereiche wie die Installierung einer Polizeischule.

Mögliche Ausbildungsrichtungen müssen mit den Nachbargemeinden abgestimmt werden. Hier greift der Gedanke der „Ausbildungsregion Westmittelfranken-Hohenlohe“.

Nach Abschluss der Bedarfsermittlung (durch Lehrerschaft, Stadtrat, Regierung von Mittelfranken) sollte nach Koordinierungsgesprächen auf kommunaler Ebene Kontakt mit dem Bay. Kultusministerium aufgenommen werden.

Aufgabenträger:

In aller Regel der Freistaat Bayern bzw. das Land Baden-Württemberg

Dringlichkeit:

Mittel

s. vorne 1.1.4. Die Errichtung einer zusätzlichen staatl. Ausbildungseinrichtung in Form eines weiteren, beruflichen Zweiges an der Berufsschule Dinkelsbühl ist definitiv zugesagt. Welche Fachrichtung zum Zuge kommt, wird sich in den nächsten Wochen entscheiden.

*Seit dem 01.09. 2004 wird an der staatl. Berufsschule der Zweig für kaufmännische Assistenten angeboten.*

*Auch im Schuljahr 2006/07 ist die Nachfrage nach dieser Ausbildungsrichtung, in der in zwei Vollzeit Schuljahren ein Berufsabschluss erworben werden kann, sehr groß. Der Zweig ist voll ausgelastet.*

**Bildungskooperation zwischen öffentlicher Hand und  
Privatwirtschaft**

Handlungsbedarf:

Durch Schaffung von Netzwerken zwischen Ausbildungsträgern zum einen und Vertretern der privaten Wirtschaft zum anderen, kann bei weitem besser auf die regionalen Bedürfnisse der Beteiligten eingegangen werden.

Hier bestehen bereits Ansätze, basierend auf Eigeninitiative von Unternehmern, wie z.B. Kooperationen zwischen Betrieben. Diese geben sich gegenseitig bei der betrieblichen Ausbildung Hilfestellung und versuchen so, ihren Personalnachwuchs zu sichern. Grundgedanke ist die Lehrlingsausbildung im betrieblichen Verbund.

Der Bekanntheitsgrad dieser Maßnahmen in der Öffentlichkeit (auch beim Arbeitsamt) ist bedauerlicherweise sehr gering.

Zweite Säule könnte z.B. die Bildung einer Verantwortungsgemeinschaft zur Unterstützung der Schulen in der Region Dinkelsbühl sein (**SIRD**). Finanzielle Basis dafür wäre ein Schulinnovationsfonds, gespeist mit privaten Mitteln. Ziel ist es, das Lernen an den tatsächlichen Bedürfnissen der Betriebe auszurichten und durch Unterstützung aller Beteiligten eine nahtlose berufliche Eingliederung von Jugendlichen vor Ort zu erreichen.

Aufgabenträger:

finanziell: private Mittel  
politisch: Kommune  
fachlich: Schulen

Dringlichkeit:

mittel bis hoch

## Soziales – Jugendarbeit/Jugendangebot

### Bildung eines Jugendbeirates

#### Handlungsbedarf:

Von zahlreichen Jugendlichen wurde eine verstärkte Förderung der Heranwachsenden durch die Stadtpolitik angemahnt. Dabei stellt sich die Frage, ob die angesprochenen Themen und geforderten Maßnahmen dem Willen der Mehrheit der Jugendlichen entsprechen, oder lediglich die Interessen einzelner widerspiegeln. Um die Wünsche der Jugendlichen in Dinkelsbühl tatsächlich ermitteln zu können und auch einen zentralen Ansprechpartner bei der Umsetzung von Projekten zu haben, erscheint es geboten, die Einrichtung eines Jugendbeirates durch die Kommunalpolitik zu unterstützen.

Dieser Jugendbeirat könnte auf der Basis einer Selbstorganisation durch die Jugend entstehen, z.B. in Form eines Vereins mit entsprechender Satzung.

Dem Jugendbeirat sollte das Recht auf Mitsprache in allen, die Jugend betreffenden Maßnahmen eingeräumt werden. Dies beinhaltet ein Rederecht in den Stadtrats- und Ausschusssitzungen und ein Antragsrecht sowie die Aufforderung dem Stadtrat gegenüber regelmäßig Bericht zu erstatten.

*Aus den Reihen der Stadträte (z.B. Stadtrat Rudolf Weigel) sollte ein fester Ansprechpartner benannt werden, der sich der Angelegenheit annimmt. Zu Umsetzung könnten entsprechende Satzungen anderer Kommunen (z.B. Neustadt a. d. Aisch) herangezogen werden.*

#### Aufgabenträger/Kosten:

Die Kommunalpolitik steht bei der Hilfestellung in der Verpflichtung.  
Kosten fallen nicht an.

#### Dringlichkeit:

mittel; richtet sich nach dem Willen der Jugend

Das städt. Jugendamt erarbeitet Beteiligungsmöglichkeiten. In Einzelprojekten werden die betroffenen Jugendlichen bereits in die Entscheidungsabläufe einbezogen.

*Am 28.09. 2005 wurden die Richtlinien für den Jugendbeirat vom Stadtrat verabschiedet. Die Wahl der einzelnen Mitglieder (insgesamt 13) konnte erfolgen.*

*Für das bayernweit neue Modellvorhaben hat Kultus-Staatssekretär Karl Freller die Schirmherrschaft übernommen.*

*Am 9.12. 2005 fanden Wahlen zum Jugendparlament statt, dabei entfielen auf die Hauptschule 6 Sitze, auf das Gymnasium ebenfalls 6 Sitze und auf das Förderzentrum ein Sitz.*

*Die konstituierende Sitzung des Jugendparlaments fand am 9. Januar 2006 statt. Die Sprecher nehmen regelmäßig an den Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse teil, das Jugendparlament trifft sich zu regelmäßigen Sitzungen.*

*Im Januar 2008 finden satzungsgemäß Neuwahlen statt.*

## Soziales – Jugendarbeit/Jugendangebot

### Schaffung eines Jugend-, bzw. Bürgerbegegnungszentrums

#### Handlungsbedarf:

Nach Umzug der Hauptschule in den Neubau werden die Räume in der ehemaligen Hauptschule frei. Diese könnten von der Jugend mit in Anspruch genommen werden, z.B. als Begegnungsstätte, Jugendraum, Proberäume für Musikgruppen, Integrationsstätte für isolierte Jugendgruppen und Vereinsräume hinsichtlich der Jugendarbeit. Dies erscheint dringend geboten.

*Weitere Nutzungsmöglichkeiten im Sinne eines Bürgerbegegnungszentrums wären durch die Volkshochschule, gegeben sowie evtl. die Stadtbücherei.*

Ein Raumkonzept muss mit der Jugendvertretung (Jugendbeirat) erarbeitet werden, wie auch die Frage der Beteiligung bei eventuellen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen.

Die Verantwortung für Nutzung und Pflege sollte auf Basis einer Vereinbarung der jeweiligen Jugendvertretungen vor Ort übertragen werden. In Dinkelsbühl betreiben zahlreiche Vereine Jugendarbeit. Die Jugendleiter wie auch die in den Vereinen organisierten Jugendlichen sollen mit eingebunden werden.

*(Bedarf, Nutzungskonzept und Verantwortung sollte nach Installierung des Jugendbeirates mit einem Ansprechpartner aus den Reihen der Stadträte -siehe oben zu 1.- geklärt werden.)*

#### Aufgabenträger:

Stadt Dinkelsbühl

#### Finanzierung:

Kostenaufwand ist entsprechend dem Nutzungswillen durch die Stadtverwaltung zu ermitteln, insbesondere da eine Eigenbeteiligung der Jugendlichen anzustreben ist.

#### Dringlichkeit/Zeitraumen:

mittel

*Realisierbar nach derzeitigem Sachstand erst ab 2008, wenn Sanierung der Grundschule abgeschlossen.*

*Nachdem sich für zahlreiche städtische Gebäude und Immobilien der Hospitalstiftung neue Nutzungen ergeben haben, ist der Ansatz „Hauptschule“ noch einmal zu überprüfen. Möglich wäre ein Bürgerbegegnungszentrum mit Stadtbibliothek und Jugendräumen auch im ehemaligen Museumsgebäude (Haus B) in der Spitalanlage.*

## Soziales – Jugendarbeit/Jugendangebot

### Schaffung von sonstigen Freizeitstätten/Veranstaltung von sog. „Events“

#### Handlungsbedarf:

Ist mit dem Jugendbeirat zu ermitteln. Beispielsweise könnte in Zusammenarbeit mit dem Alpenverein, Sektion Dinkelsbühl, ein Klettergarten eingerichtet werden. Geeignete Flächen wären sicherlich zu finden (z.B. Bleiche, Türme).

#### Aufgabenträger/Finanzierung:

Stadt Dinkelsbühl unter Beteiligung Privater, wobei die **Jugendvertretung immer mit in die Verantwortung genommen werden** sollte.

#### Dringlichkeit:

mittel

richtet sich nach dem Willen und den Forderungen der Jugend

Der weitere Ausbau bzw. die Attraktivitätssteigerung der Skaterbahn wurde seit April 04 konzipiert und von einer Jugendgruppe umgesetzt.

Im Stadtgraben (Nähe Schatten) soll noch 2004 ein Erlebnis- und Erfahrungsgarten eingerichtet werden. Konzeption und Finanzierung stehen bereits.

*„Arche Noah Garten der Sinne“ ist im September 2005 gestartet und wird laufend weiter ausgebaut.*

*Die Sektion Dinkelsbühl im DAV stellte zwischenzeitlich Mittel bereit und bildet drei Fach-Übungsleiter „Klettern“ aus. Wenn deren Ausbildung im Frühjahr 2005 beendet ist, ist angedacht der Sektion einen Stadtturm für Kletterzwecke zur Verfügung zu stellen.*

*Anfangs waren zwei Objekte in der engeren Wahl, die Entscheidung fiel auf ein ehemaliges Trafo-Haus in Sinbronn. Die Übergabe von N-Ergie an die Stadtwerke verzögerte sich zunächst, Ausbau durch Sektion ist vorgesehen; die Inbetriebnahme ist für April 2008 geplant.*

*Weiter ist die Schaffung eines Streetball-Platzes am Bahnhof (Nähe zum Büro des Streetworkers) zusammen mit Jugendlichen in die Tat umgesetzt. Als nächste Maßnahme ist am Bahnhof unter dem Motto „Bahn frei“ die Einrichtung eines Trimm-dich-Pfades und einer Joggingstrecke - wiederum zusammen mit den jugendlichen Nutzern des Jugendraums Bahnhof - geplant.*

## Soziales – Aktive Bürgergesellschaft

### Einbindung von Bürgerinteressen

Analog den Überlegungen hinsichtlich der Bildung eines Jugendbeirates soll angedacht werden, ob nicht auch andere gesellschaftliche Gruppierungen und Interessenvertretungen stärker in die Entscheidungen des zuständigen Kommunalgremiums eingebunden werden müssen. Zwar mag dadurch ein etwas größerer Verwaltungsaufwand anfallen. Dies hätte andererseits allerdings den Vorteil, dass die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger stärker berücksichtigt werden, d.h. der Bürgerwille in den Vordergrund gestellt wird. Folge könnte eine Erhöhung der Akzeptanz von Entscheidungen des Stadtrates sein.

Dies erscheint insbesondere auch deswegen sinnvoll, da bei den Bürgerinnen und Bürgern Dinkelsbühls eine hohe Bereitschaft gegeben ist, sich in vielfältigster Weise ehrenamtlich zu engagieren.

Dabei sollte seitens der Stadträte ein zentraler Ansprechpartner benannt werden.

Die Beteiligung nachfolgender Interessenvertretungen wird als sachdienlich angesehen, wobei die Auflistung nicht als abschließend aufgefasst werden sollte.

#### Allgemeines:

- Von Mitte Februar bis Mitte März 2004 wurden die Bürger in einer Umfrage zu verschiedenen Punkten um ihre Meinung gefragt. Die Beteiligung, damit Rücklaufquote war sehr gut (über 10%), mit teilweise sehr ausführlichen Meinungsäußerungen.  
*Die Bürgerumfrage wird in regelmäßigen Abständen und mit geänderter Themenstellung wiederholt. Die zweite Runde wurde im November 2005 gestartet und die Ergebnisse der Befragung in der Bürgerversammlung am 29.11. 2005 vorgestellt.*
- Gleichzeitig startete die Aktion „Dinkelsbühl in Bewegung“, bei der die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert wurden, Mängel anzugeben bzw. auf Probleme aufmerksam zu machen. Auch hier ist die Resonanz bisher gut.
- Die vierzehntägige Bürgersprechstunde bei Oberbürgermeister Dr. Hammer wird ausgesprochen gut nachgefragt.
- Ebenso wurde die Einrichtung eines „langen“ Behörden-Donnerstages (Rathaus geöffnet bis 19 Uhr) positiv aufgenommen. Bis Ende Mai 2004 wurden in den einzelnen Abteilungen die Erfahrungen mit dem langen Behördentag abgefragt.
- *Seit dem 1.06. 2004 hat das Rathaus am langen Donnerstag nun bis 18.30 Uhr geöffnet; eine längere Öffnungszeit wurde von den Bürgerinnen und Bürgern nicht in Anspruch genommen.*
- Das städtische Mitteilungsblatt „Blickpunkt Dinkelsbühl“ hat sich mittlerweile etabliert und unterrichtet monatlich über das aktuelle Geschehen im Rathaus sowie über Veranstaltungen in der Stadt. In der Regel monatlich erscheint im „Blickpunkt“ auch ein Portrait eines Dinkelsbühler Gewerbebetriebes.
- *Die dritte Staffel der Bürgerumfrage wurde im April 2007 gestartet und die Ergebnisse in der Stadtratssitzung am 27. Juni 2007 vorgestellt.*

## Soziales – Aktive Bürgergesellschaft

### Seniorenbeirat

Zielrichtung u.a.:  
- seniorengerechte Stadtentwicklung

Der bisherige Sachstand und die Erfahrungen bei der Einrichtung eines Seniorenbeirats in Dinkelsbühl sind für die zukünftige Umsetzung zu berücksichtigen. Probleme bei der Umsetzung sind durch diese Erfahrungswerte zu minimieren.

Der Sozialreferent des Stadtrates legte im Januar 2005 einen Satzungsentwurf vor. Danach soll ein Seniorenbeirat gebildet werden. Nach dem Vorbild von Nachbarstädten sollen sechs Mitglieder des Beirats aus dem Stadtrat berufen werden, weitere sechs Mitglieder aus entsprechenden Verbänden.

*In der Sitzung vom 25. Mai 2005 wurde die vorgelegte Satzung des Seniorenbeirates beschlossen; sie trat am 1.07. 2005 in Kraft; die Mitglieder wurden vom Verwaltungsausschuss in der Sitzung vom 21.09. berufen und vom Stadtrat in der Sitzung vom 28.09. 05 bestätigt. Am 8.12. 2005 fand die konstituierende Sitzung des Seniorenbeirates statt. Zum Sprecher wurde Ludwig Schmelz gewählt, Stellvertreter ist Wilhelm Reu.*

*Der Seniorenbeirat hält einmal im Monat Sprechstunden ab. Die Sprecher nehmen regelmäßig an den Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse teil und begleiten durch entsprechende Anträge (beispielsweise zum Umbau des Pflegeheims) die Arbeit des Stadtrates.*

*Da es für die Sprechstunden keine große Nachfrage gab, wurde das Angebot im Mai 2007 wieder eingestellt.*

## Soziales – Aktive Bürgergesellschaft

### Zentraler Eltern-/Schülerbeirat

Zielrichtung u.a.:

- Betreuung von Kindern (Alleinstehende)
- Kinderspielplätze
- familienfreundliche Stadtentwicklung
- Entwicklung des Schulstandortes Dinkelsbühl

Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen auf dem Spielplatz Bleiche sind fertiggestellt. Kosten: ca. 50 % AK Spielplätze, 50 % Stadt (aus Grundstücksverkauf). Am 22.05. 2004 fand zur Einweihung ein Spielplatzfest statt.

*Zusammen mit AK Spielplätze sind weitere Verbesserungsmaßnahmen geplant, beispielsweise wurde auf der Inselwiese ein Labyrinth angelegt, auf dem ehemaligen Gelände der Gartenschau im Königshain entsteht ein Abenteuerspielplatz.*

*Das Projekt „Arche Noah Garten“ wurde im Zuge der Aktion „Grünes Klassenzimmer“ in Zusammenarbeit mit der Region Hesselberg und dem Bund Naturschutz im Rahmen eines ökumenischen Projekts zum „Arche Noah Garten der Sinne“ aufgeweitet und am 10.09. 2005 eröffnet.*

*2006 wurde ein Spielplatz am Grillenbuck neu errichtet anstelle des bisherigen Bolzplatzes, am Froschweiher im Königshain (s. o.). entsteht im Laufe des Jahres 2007 ein „Seilgarten“. Verbesserungen hat es 2007 auch bei den Spielplätzen in Botzenweiler, am Kreuzespan und in Sinbronn gegeben.*

## Soziales – Aktive Bürgergesellschaft

### Zentrale Unternehmervvertretung

Zielrichtung u.a.:

- Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Dinkelsbühl
- Nutzung von Synergieeffekten untereinander/Vernetzung des individuellen Wissens im Interesse einzelner Betriebe und der gesamten wirtschaftlichen Situation (Unternehmerstammtisch: Industrie, Gewerbe, Einzelhandel und Gastronomie)

Der sog. Unternehmerstammtisch hatte am 29.01.2004 sein erstes Treffen. Dort haben sich drei Arbeitsgruppen gebildet, die in der Zwischenzeit jeweils zu Gesprächen zusammen kamen: Gastronomie in Zusammenarbeit mit TSD, Dienstleistung/prod. Gewerbe am 5. April und Handel/ Einzelhandel am 3. Mai 2004.

*Ein nächstes Treffen aller Gewerbetreibenden ist für Anfang 2005 geplant. Dabei soll über das weitere Vorgehen – Stichwort Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, Unterstützung bestehender Unternehmen – beraten werden.*

*Beim Unternehmerstammtisch am 13.01. 2005 wurde Rückblick gehalten auf die Maßnahmen, die im ersten Jahr verwirklicht wurden (Magisches Dreieck, Münsterumgriff, Leit-system im Gewerbepark Ost, Handels- und Gewerbeschau, Beschilderung der Hinteliegergeschäfte –s. jeweils dort). Vorgestellt wurde die Aktion „dibix“ (Dinkelsbühler Branchenindex) und die neue Wirtschaftspolitik der Stadt (Die Aktion „dibix“ lief mittlerweile in der zweiten Auflage).*

*Mittlerweile gibt es auch die Aktion „Dinkelsbühler für Dinkelsbühl – Mit neuem Wir-Gefühl die Stadt voranbringen“. Das erste Treffen fand am 12.07. .05 statt. Dort formierten sich die Arbeitsgruppen Gastronomie, Einzelhandel, Handel, Dienstleistung und Freiberufler und benannten jeweils einen Ansprechpartner. Beim nächsten Treffen am 27.09. 2005 wird über das Angebot beraten, einen neutralen Überbau zu schaffen und die Organisation halbtags durch einen Geschäftsführer führen zu lassen.*

*Ergebnis: in den Bereichen Einzelhandel, Gastronomie, Handwerk und Dienstleistung/Freiberufler ist die Bereitschaft zu einer finanziellen Beteiligung für ein „Citymanagement“ groß. Die Stadt Dinkelsbühl geht ab 1.01. 2006 mit der auf 1 Jahr befristeten Beauftragung von Herrn Reinhard Reck für Stadtmarketing in Vorleistung. Geplant/vorgeschlagen ist die Schaffung eines unabhängigen und von den Gewerbetreibenden finanziell getragenen Citymanagers. Das Konzept hierfür wurde am 15.11. 2005 in der Schranne allen Gewerbetreibenden vorgestellt.*

*Über 80 Gewerbetreibende sagten dabei zu, sich an einem City-Management zu beteiligen. Am 31.01. 2006 haben sich in der Schranne vier Bewerberinnen vorgestellt. Die teilnehmenden Gewerbetreibenden (mittlerweile 100 Betriebe aus Handel, Handwerk, Gastronomie und Dienstleistung) wählten Frau Annette Kolb zur Citymanagerin. Sie ist seit März 2006 tätig. Nachdem die Stadt kommissarisch für ein Jahr die organisatorische Abwicklung übernommen hatte, gründete sich am 27.02. 2007 ein Verein Citymanagement Dinkelsbühl e.V. Damit ist gewährleistet, dass das Citymanagement auch künftig organisatorisch und wie bisher finanziell abgesichert ist.*

## 1.3.4

### Soziales – Aktive Bürgergesellschaft

#### **Vertretung des Einzelhandels**

Zielrichtung u.a.:

- Mitarbeit bei der innerstädtischen Verkehrs- und Altstadtentwicklung
- Mitarbeit bei der Ansiedlung von neuen Einzelhandelsprojekten
- Entwicklung eines gemeinsamen Vermarktungskonzept für die Stadt Dinkelsbühl (z.B. Veränderung des Einkaufsverhaltens bzw. verstärkte Kaufkraftbindung in Dinkelsbühl durch Einführung einer Dinkelsbühl-Card)
- Durchführung von Veranstaltungen (zum Teil bereits jetzt durch den Einzelhandelsverband)
- einheitliche Ladenöffnungszeiten

Gespräche zur Einführung einer Dinkelsbühl-Card sind leider erfolglos verlaufen. Gespräche im Rahmen des Gewerbestämmtesches Handel/Einzelhandel werden fortgeführt (z.B. Treffen am 13.04. 2005).

Alle genannten Themen werden bereits mit den Betroffenen diskutiert. Die Aktion Dinkelsbühl + wurde ins Leben gerufen.

*Weiter s. vorne unter 1.3.3*

## Soziales – Aktive Bürgergesellschaft

### Vertretung der örtlichen Gastronomie

Zielrichtung u.a.:

- Mitarbeit bei der innerstädtischen Verkehrs- und Altstadtentwicklung
- Mitarbeit bei Veranstaltungen und Projekten
- Mitarbeit bei Erarbeitung einer gemeinsamen Werbelinie

Gastronomie ist an Gesprächen über Fortbestand und Durchführung sowohl des Stadtfestes wie des Weihnachtsmarktes beteiligt.

Im Nachgang zum „Unternehmerstammtisch“ hat sich auch eine Arbeitsgruppe der Gastronomie gegründet.

Folgende Punkte, von der Stadt angestoßen, standen anfänglich zur Diskussion:

- Ausdehnung des Stadtfestes auf den Samstag-Abend: nur Außenbewirtung im Stadtzentrum (Weinmarkt, Marktplatz, Altrathausplatz, Untere Segringer Straße, ...), Motto „Dinkelsbühl leuchtet“ – mit Illumination des Münsters. *Am 10.09. 2005 (Vorabend des Stadtfestes) am Altrathausplatz gestartet, parallel dazu Einweihung des neu gestalteten Münsterumgriffs und Illumination des Münsters.*
- Gezielter Hinweis auf geöffnete(s) Lokal(e) im Anschluss an Musikevents oder Theater => *in der Freilichtsaison 2005 in Zusammenarbeit mit dem Touristik Service ausgeführt. Wurde wegen des guten Erfolgs auch auf die Winterspielzeit ausgedehnt sowie im Sommer intensiviert.*
- Intensivierung der Außenbewirtschaftung (z.B. Bleiche, o.ä.) – *Hier hat sich trotz mehrmaliger Nachfrage kein Anbieter für die Bleiche gefunden.*
- *Weiter s. vorne unter 1.3.3*
- Der lose Zusammenschluss der „Aktiv-Gastronomen“ ist an der Organisation und Durchführung verschiedener Veranstaltungen beteiligt, beispielsweise der Eröffnung der Karpfensaison Ende August 2006; *eine Neuauflage ist für 2007 geplant.*
- Daneben wurde im Frühjahr 2006 der Gehsteig am Weinmarkt zwischen Touristik-Service und Georgs-Apotheke verbreitert. Durch die Maßnahme entstand Platz für Fußgänger sowie die Freiluftgastronomie, die Kosten für die Verbreiterung wurden zwischen Stadt und Anliegern geteilt.
- *Unter Federführung des City-Managements fand am 30.06. 2007 erstmals die Veranstaltung "Dinkelsbühl leuchtet" mit einer langen Einkaufsnacht, Stadtbeleuchtung und großem Feuerwerk statt.*
- *Im Rahmen des Dinkelsbühler Weihnachtsmarktes findet am 8.12. 2007 erstmals ein langer Einkaufsamstag (bis 22 Uhr) mit sehr abwechslungsreichem Programm statt.*

## 1.3.6

### Soziales – Aktive Bürgergesellschaft

#### **Entsprechend den Ortsprechern auf dem Land: Stadteilsprecher im Zentralort**

Zielrichtung u.a.:

- Organisation und Übernahme von Bürgerpatenschaften z.B. bei der Pflege öffentlicher Flächen
- Mitwirkung bei örtlich bedeutsamen Vorhaben, z.B. Spielplätze, Kindergärten, Schulwege
- Mitwirkung bei örtlich wirksamen Maßnahmen, z.B. im Bereich des Verkehrs/ Verkehrsberuhigung

Eine Konzeption für projektbezogene Beteiligung ist zu prüfen.

**Zentrale Vertretung der Kulturschaffenden und der Vereine**

Für eine reibungslose und zielführende Zusammenarbeit zwischen Kulturschaffenden, Vereinen und der Stadt ist eine zentrale Vertretung zu prüfen.

## 1.3.8

### Soziales – Aktive Bürgergesellschaft

#### **Projekt: Dinkelsbühl ... in Bewegung**

Das Projekt, das einen effektiven und effizienten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern anstrebt, wird durch verschiedene Einzelmaßnahmen laufend umgesetzt.

→ siehe auch Entbürokratisierung.

s. vorne unter 1.3.0.

### **Gemeinschaftshaus in Wolfertsbronn**

#### Handlungsbedarf:

Nach Abschluss der Dorferneuerung in Wolfertsbronn hat die örtliche Gastwirtschaft ihren Betrieb eingestellt. Somit besteht zurzeit keine Möglichkeit, dass sich die Dorfgemeinschaft in einem Gemeinschaftsraum zusammenfindet. Zum Erhalt und zur Förderung der Dorfgemeinschaft ist dies aber notwendig.

Darüber hinaus fehlen auch für die örtliche Feuerwehr geeignete Unterbringungsräume (u.a. Gerätschaften). Zusätzlicher Raumbedarf besteht, um beim örtlichen Schützenverein einen geordneten Betrieb weiter aufrecht zu erhalten.

Ziel muss es sein, die geschilderten drei Nutzungskomponenten in einem neuen Gemeinschaftshaus unterzubringen.

Der Stadtrat hat sich im Sommer 2003 der Anfrage gegenüber grundsätzlich positiv ausgesprochen und die Verwaltung beauftragt, eine Planung zu erstellen.

#### Vorschlag hinsichtlich des weiteren Vorgehens:

Eine Vorklärung zu Finanzierungsfragen und Fördermöglichkeiten hat bereits im Dezember 2003 mit der DLE (Einzelfördermaßnahme), der Regierung von Mittelfranken (Sport- und Feuerwehrförderung), dem LRA Ansbach (Förderung durch den Kreis) und der Stadt (Träger der örtlichen Feuerwehr) stattgefunden. Das Bauamt prüft derzeit, zusammen mit der DLE Fördermöglichkeiten.

#### Aufgabenträger/Finanzierung:

Mit allen Fördergebern ist ein Finanzierungskonzept zu erarbeiten. Beteiligt sind

- staatliche Fördergeber (DLE, Freistaat Bayern, Landkreis, Sportförderung),
- Stadt ( insbesondere monetär, Planungshilfe, Material),
- Eigenleistung der Dorfgemeinschaft und
- Grundabtretung der Waldbauern.

#### Zeitrahmen:

Umsetzung 2004/2005

#### Dringlichkeit:

hoch

Ein geeignetes Gebäude ist vorhanden. Die Planung wird derzeit durch die Vereine vorangetrieben. Das Rechtsamt prüft zusammen mit Ortssprecher/Vereinen die rechtlichen Möglichkeiten und unterstützt die dörflichen Vereine bei der Gründung eines Dachvereins, der Ende 2004 gegründet wurde. Von Seiten der Stadt wurde ein Baukostenzuschuss von 25.000 Euro zugesagt.

Der Abschluss von Erbbaurechtsverträgen mit dem Trägerverein läuft; die Förderung der Maßnahme durch die DLE wird abgeklärt (Stand bis Ende 2005).

*Der Umbau der Gemeindescheune konnte nicht realisiert werden. Auf einem von privater Seite zur Verfügung gestellten Grundstück neben der Scheune wird mit finanzieller Unterstützung der örtlichen Vereine, der Dorfbewohner und der Stadt das Dorfgemeinschaftshaus errichtet werden. Es wird einen Gastraum, eine Bühne sowie einen Schützenstand erhalten. Baubeginn war Ende Juni 2006, das Richtfest fand am 12.08. 2006 statt.*

*Das Haus wurde im März 2007 fertig gestellt und am 30.03. unter der neuen Bezeichnung „Dorfhäus“ eingeweiht. Im Mai 2007 fand die Sitzung des Stadtrates im Dorfhäus Wolfertsbronn statt, um so die enorme Eigenleistung der Dorfgemeinschaft zu würdigen.*

**Fußballplatz in Sinbronn**

Handlungsbedarf:

Dem Fußballverein in Sinbronn stehen für den Spiel- und Trainingsbetrieb lediglich ein Fußballplatz und ein kleineres Areal zur Verfügung. Zur langfristigen Sicherung des Vereins, der vor allem in der Jugendarbeit stark engagiert ist und in allen Altersklassen Mannschaften hat, ist die Schaffung eines zweiten Fußballplatzes unbedingt erforderlich. Die mögliche Erweiterungsfläche ist im Flächennutzungsplan als gewerbliche Fläche ausgewiesen.

Nach Aussage der Vereinsführung ist der Eigentümer zum Verkauf lediglich bereit, wenn ein Preis entsprechend einer gewerblichen Nutzfläche gezahlt wird.

Vorschlag hinsichtlich des weiteren Vorgehens:

Die Vereinsführung sollte zunächst unter Einbeziehung des Oberbürgermeisters mit dem Eigentümer ein Verkaufsgespräch führen, um einen erschwinglichen Kaufpreis auszuhandeln.

Aufgabenträger/Finanzierung:

Ziel muss es sein, den Kaufpreis auf mehrere Schultern zu verteilen.

Weitere Kostenträger könnten private Sponsoren (z.B. Banken und Gewerbetreibende) sein. Zusätzliche Einnahmen könnten aus „Benefizveranstaltungen“ erzielt werden. Zu denken ist dabei an ein „Prominentenspiel“ mit großer Abendveranstaltung, zu der gesondert eingeladen wird (z.B. 50 Euro Eintrittskarte mit spezieller Bewirtung). Auch durch eine Musikveranstaltung könnten Gelder erwirtschaftet werden.

Die Baumaßnahme wird in Eigenleistung durch die Vereinsmitglieder abgewickelt.

Zeitraumen:

Umsetzung 2004 bis 2006

Mit der Vereinsführung findet unter Beteiligung des Oberbürgermeisters am 15. Januar 2004 ein Gespräch über die Finanzierung und das weitere Vorgehen/Veranstaltungsplanung statt.

Dringlichkeit:

hoch

Die zur Erweiterung des Sportgeländes erforderliche Fläche wurde von der Stadt Dinkelsbühl erworben, die Vermessung erfolgte. Der SV Sinbronn erhält Erbbaurecht für 25 Jahre.

*Die Baugenehmigung ist erteilt, mit dem Bau des zweiten Rasenspielplatzes wurde Ende 2004 begonnen, die Arbeiten sind mittlerweile beendet.*

## 2.1.1 Sicherheit - Feuerwehr

### Zusammenarbeit mit der Feuerwehr

Die Freiwillige Feuerwehr ist ein, wenn nicht das wesentliche ehrenamtliche Element zur Sicherstellung bzw. Aufrechterhaltung der Sicherheit im Stadtgebiet. Dies gilt nicht nur hinsichtlich ihrer originären Aufgaben, d.h. Bergen, Löschen und Retten, sondern auch bei dem ihr zusätzlich „übertragenen“ Aufgabenbereich der Unterstützung der Stadt im Rahmen von Veranstaltungen. Beispielsweise wäre die Durchführung zahlreicher Veranstaltungen nicht möglich, wenn nicht die Mitarbeiter der Freiwilligen Feuerwehr in ihrer Freizeit höchstes Engagement zeigen würden. Darüber hinaus leistet die FFW unschätzbare Dienste bei der Jugendbetreuung und -arbeit.

Diese Bereitschaft und Unterstützung muss auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen honoriert werden. Dabei geht es den Feuerwehrkolleginnen und -kollegen nicht um eine zusätzliche Einnahme durch die Auszahlung einer Aufwandsentschädigung, sondern diese wird als Zeichen der Anerkennung empfunden.

Es ist kein angemessenes Zeichen der Anerkennung, wenn ohne Rücksprache mit den Feuerwehrkräften durch Stadtratsbeschluss die bisher ausgezahlte Aufwandsentschädigung gekürzt wird.

Vielmehr entspricht es einem kollegialen Miteinander, wenn die Sachlage gemeinsam erörtert wird, um zu klären, was die Feuerwehr von der Stadt erwartet.

#### Vorschlag hinsichtlich des weiteren Vorgehens:

Unter Federführung des Stadtbrandinspektors Thomas Müller ist mit den örtlichen Kommandanten die Sachlage zu erörtern. Das weitere Vorgehen ist einvernehmlich mit der Stadtführung zu erarbeiten und das Ergebnis dem Stadtrat zum Beschluss erneut vorzulegen.

Auf der Basis des von SBI Müller erarbeiteten Vorschlages führte der Stadtrat die Entschädigungszahlungen ab dem HH-Jahr 2004 wieder ein. Sie wird von den Feuerwehren akzeptiert und sollte in dieser Höhe beibehalten werden.

#### *Anmerkung der Kämmerei:*

*der Bayerische Kommunale Prüfungsverband hat die bisher gewährten Zuschüsse an die Feuerwehren wegen des Wegfalls der Feuerschutzabgabe für rechtlich unzulässig erklärt.*

*Bis zum Jahr 2002 hatten die Feuerwehren, das Rote Kreuz und das THW je aktives und passives Mitglied 25,50 € jährlich erhalten. 2003 wurde die Zahlung ausgesetzt.*

*In Anbetracht der prekären Haushaltslage wurde zusammen mit SBI Müller folgender Kompromiss gefunden:*

*Im Haushalt wird ab 2004 nur noch ein Betrag von 12.500 € eingestellt. Dies entspricht gegenüber den bisherigen Kosten einer Einsparung von rund 9.000 €.*

*Die Pro-Kopf-Leistung der Stadt beträgt damit nach wie vor **25,61 € je aktives Feuerwehr bzw. Hilfsdienstmitglied**. **Im Ergebnis ist damit lediglich die Entschädigung für die passiven Mitglieder entfallen.***

*Unter Berücksichtigung der jährlichen städtischen Nettoaufwendungen für allgemeinen Brandschutz und Feuerwehrgerätehaus von ca. 140.000 €, die teils beträchtlichen Investitionen - so muss beispielsweise 2007 ein weiteres Fahrzeug in Höhe von 180.000 Euro finanziert werden - sind hierbei nicht mal berücksichtigt, eine sicherlich zu verschmerzende Einsparung.*

### **Sicherheitslage in Dinkelsbühl/Zentralort**

#### Handlungsbedarf:

In mehreren Gesprächen und Veranstaltungen haben zahlreiche Bürgerinnen und Bürger darauf hingewiesen, dass sie ihre Stadt als unsicher empfinden. Dies treffe insbesondere in bestimmten Bereichen des Zentralortes zu, wie z.B. das Gebiet um den Bahnhof, den Jörgensteg, das Baugebiet-Königshain u. a. Ein weiterer Beleg ist auch die merkliche Zunahme der Fälle von Jugendkriminalität in Dinkelsbühl und deren überproportionaler Anteil bezogen auf alle Fälle im Landkreis Ansbach.

Dabei handelt es sich nicht allein um ein „Aussiedlerproblem“, vielmehr sind auch aus Dinkelsbühl gebürtige Jugendliche betroffen. Zurzeit sind offensichtlich zwei Jugendbanden für die meisten Ausschreitungen verantwortlich.

Darüber hinaus besteht in Dinkelsbühl nach wie vor auch ein Drogenproblem.

Auch wenn es absolut verkehrt wäre, die Stadt als Hochburg der Kriminalität einzustufen, bleibt festzuhalten, dass bei der Bevölkerung subjektiv ein Bedrohungsgefühl vorliegt.

Entsprechend dem Motto „wehret den Anfängen“ erscheint es nicht sachgerecht abzuwarten. Um der Sachlage Herr zu werden, sind dringend Maßnahmen geboten.

#### Vorschlag hinsichtlich des weiteren Vorgehens:

Es sollte möglichst umgehend ein sogenannter Sicherheitsbeirat installiert werden. In diesen sind alle Beteiligten aufzunehmen. Dies sind u.a. die örtliche Polizei bzw. die PD Ansbach, die Staatsanwaltschaft (Herr Ltd. Oberstaatsanwalt Dr. Metzger hat seine Mitarbeit bereits angeboten), das Amtsgericht (bzw. der zuständige Jugendrichter), die Stadt Dinkelsbühl (Oberbürgermeister, Sozialreferent, Jugendbetreuer und Sozialarbeiter), die Schulleitungen, die Eltern- und Schülervvertretungen und ein noch zu bildender Jugendbeirat.

Aufgabe des Sicherheitsrates ist, Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten und den Stadtrat und die Bevölkerung regelmäßig über ihre Erkenntnisse zu informieren. Denkbare Maßnahmen wären:

- Aufzeigen von beruflichen Perspektiven in den Schulen,
- Aufklärungen in den Schulen über Drogenmissbrauch,
- Integrationsmaßnahmen von Spätaussiedlern (Deutschkurse, eventuell als zwingende Auflagen in Jugendgerichtsverfahren) - in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Nürnberg - ,
- Integrationsangebot von Problemgruppen in der einzurichtenden Jugendbegegnungsstätte (Zur-Verfügungstellen von Räumen mit ausgehandelten Regeln),
- höhere Polizeipräsenz in den Problemregionen (Rundgänge auch in den Abendstunden),
- Abhalten von Abendveranstaltungen für Jugendliche (z.B. Basketballsportabende),
- Installierung eines festen Beschwerdeansprechpartners bei Vorfällen u.a.

Sollten diese zu entwickelnden Maßnahmen nicht greifen, so ist die Einführung einer Sicherheitswacht zu überdenken. Diese könnte in Zusammenarbeit mit der Stadt Feuchtwangen (auch hier mehrten sich die Übergriffe) betrieben werden.

Durch die Einstellung eines „Streetworkers“ zum 1.09.03 hat sich die Sicherheitslage ebenso wie das subjektive Sicherheitsgefühl verbessert. Herr Leiter wird „angenommen“. In seiner Arbeit mit den jugendlichen Problemgruppen deckt er (Sportangebot, Treffpunkt Jugendraum Bahnhof) einen Großteil des obigen Maßnahmenkataloges ab.

Der Stadtrat hat Anfang 2004 die Gründung eines Vereins gegen Jugendkriminalität beschlossen. Satzung und Mitgliederliste wurde erarbeitet; die Gründungsversammlung fand im Frühjahr 2005 statt.

*Mittlerweile wurde der Verein „Pro Jugend e.V.“ unter Einbeziehung aller in der Jugend- und Präventionsarbeit Beteiligten gegründet. Im August 2006 hatte der Verein 58 Mitglieder. Im letzten Jahr wurde u. a. ein Rundgang durch einschlägige Dinkelsbühler Gaststätten zum Jugendschutz durchgeführt oder der Präventionswettbewerb „Sucht das Glück“ in Dinkelsbühler Schulen durchgeführt. Für die nächsten Monate ist u. a. eine Bewertung der Jugendtreffs mit Wettbewerb geplant.*

*Da das Arbeitsverhältnis von Herrn Leiter befristet ist und zum 31.08. 2006 endete, wurde beim Bundesamt für Migration eine neue Maßnahme beantragt. Sie ist mittlerweile bis zum 31.08. 2008 bewilligt, allerdings mit einem verminderten Zuschuss.*

*Nach dem Wechsel von Kai Leiter nach Ellwangen wurde die Stelle des Streetworkers neu besetzt; die Maßnahme durch das Bundesamt für Migration auch über das nächste Jahr hinaus bewilligt.*

*Die Arbeit der Streetworker – niedrighschwellige Angebote wie beispielsweise Waldarbeit - macht über die Stadtgrenzen hinaus Schule.*

*In Zusammenarbeit mit der Dinkelsbühler Polizei und den Diskotheken bzw. Jugendkneipen wurde ein Verzicht auf sog. „Ein-Euro-Parties“ oder vergleichbare Veranstaltungen, in deren Folge es immer wieder zu Straftaten gekommen war, vereinbart.*

**Sauberkeit in Dinkelsbühl/Zentralort**

Handlungsbedarf:

In bestimmten Bereichen in Dinkelsbühl, zum Teil in exponierten Lagen, ist eine zunehmende Verunreinigung zu verzeichnen. Dabei handelt es sich einerseits um Spielplätze (Verunreinigungen auch durch Glasscherben, was eine erhebliche Gefahr für die Kleinkinder darstellt) und der Jugend dienende Räume (z.B. an der Schwedenwiese), andererseits um öffentliche Plätze, wie den Bahnhofsbereich. Auch sind mehrere Stellen in der Stadt (manchmal sogar an historischer Bausubstanz) mit Graffitis entstellt.

Diese Situation ist untragbar und auch nicht mit der Außendarstellung der Stadt als historisches Kleinod in Einklang zu bringen.

Auch hier muss der Grundsatz gelten „wehret den Anfängen“.

Vorschlag hinsichtlich des weiteren Vorgehens:

Die Mitarbeiter des Bauhofes müssen zunächst von Arbeit entlastet werden, um an diesen problematischen Stellen Aufräumarbeiten zu leisten. Dies könnte gelingen, wenn durch Bürgerpatenschaften andere öffentliche Flächen von den Anwohnern selbst gereinigt und unterhalten werden (siehe oben).

Durch Bürgerpräsenz und -hinweise muss verdeutlicht werden, dass ein solches Verhalten nicht hingenommen wird. Im Rathaus ist ein zentraler Ansprechpartner zu benennen (z.B. Ordnungsamt).

Identifizierte Verschmutzer sind zur Anzeige zu bringen (Verstoß gegen das Abfallrecht). Allein die Verabschiedung einer Reinhaltungssatzung durch den Stadtrat löst das Problem jedenfalls nicht.

Durch Verkürzung der Öffnungszeiten der Erdaushubdeponie /Grüngutannahmestelle bleibt für den städt. Mitarbeiter mehr Zeit für die Stadtreinigung. Die Stadt wird in der Zwischenzeit als sauberer befunden.

Auch die Sensibilisierung in Sachen „Hundekot“ macht Fortschritte. *In Zusammenhang mit dem Hinweissystem in der Altstadt wurden auch im Grüngürtel um die Stadt an bestimmten, besonders neuralgischen Punkten (Inselwiese, Bleiche, ...) Hundekotbehälter aufgestellt.*

Gefragt ist bei allen Punkten jedoch nach wie vor Zivilcourage (z. Besen greifen, Anzeige erstatten, s. o.). Die Neufassung der Grünanlagensatzung (v. 17.12.03) bewehrt Verstöße mit empfindlichen Geldbußen, kann aber allein nichts ausrichten.

*Im Frühjahr wird alljährlich unter dem Motto „Mir stöbern – Dinkelsbühler Frühjahrsputz“ die Stadt gesäubert.*

*Auf der Basis sogenannter „1-Euro-Jobs“ wird in der Sommersaison auf 6 Monate befristet weiteres Personal für die Stadtreinigung eingestellt.*

*Die Aktion „Mir stöbern“ fand auch wieder im Frühjahr 2007 statt. Problematisch ist nach wie vor das Thema „Hundekot in öffentlichen Grünflächen“, das Bauamt prüft die Anschaffung geeigneter Geräte zur Entfernung der Verunreinigungen.*

### 3.1.1 Tourismus, Verkehr, Kultur Innerstädtisches Verkehrs- / Vermarktungskonzept

#### **Parkraumbewirtschaftung**

Eine Konzeption der Parkraumbewirtschaftung, die erreicht, dass sog. Langzeitparker („Parkscheibendreher“) ihre Fahrzeuge außerhalb der Altstadt abstellen, um Parkraum für Einzelhandelskunden zu schaffen, wird mit Beteiligung aller Betroffenen erarbeitet.

Der Bauausschuss hat in seiner Sitzung am 5.05.04 einen Kriterienkatalog für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen beschlossen. Er wird seit dem 1. Januar 2005 angewandt. Demnach erhalten Altstadtbewohner nach den bisher gültigen Kriterien eine Ausnahmegenehmigung für ihr Fahrzeug; die Erteilung von Genehmigungen an Betriebsinhaber, Freiberufler, Beschäftigte, etc. wird drastisch zurückgenommen und nur noch in entsprechend bezeichneten Ausnahmefällen genehmigt.

## 3.1.2

### Tourismus, Verkehr, Kultur Innerstädtisches Verkehrs- / Vermarktungskonzept

#### **Parkplätze an der Stadtmauer**

z.B. in der Bleiche, Am Stauerwall oder in der Ellwanger Straße

Die Problematik wurde mit dem Gutachterteam der TU München. besprochen. Lösungsvorschläge wurden in die Planung eingebracht.

Auch in der Runde der Fraktionsvorsitzenden wird eine Ausweitung des Parkplatzes in der Bleiche diskutiert.

*Für das HH-Jahr 2007 wurden durch das Bauamt Mittel beantragt, um die Stellplätze in der Bleiche um weitere fünfundzwanzig in Richtung Freibad zu erweitern. Bauausführung wird wegen der zahlreichen Großbaustellen in der Stadt jedoch voraussichtlich im Frühjahr 2008 sein.*

### 3.1.3 Tourismus, Verkehr, Kultur Innerstädtisches Verkehrs- / Vermarktungskonzept

#### **Aufwertung von Verkaufstraßen / z.B. Turmgasse**

- Schaffung von Einkaufspassagen durch Überdachungen
- ganzjähriges Einkaufen im „Trockenen“

Erste Überlegungen zur Erschließung von Höfen für zusammenhängende Ladenpassagen wurden angestellt.

*Nach Eigentümerwechseln in der Turm- bzw. Klostergasse wird das Projekt derzeit nicht weiter verfolgt.*

## 3.1.4

### Tourismus, Verkehr, Kultur Innerstädtisches Verkehrs- / Vermarktungskonzept

#### Bewerbung der Innenstadt als Einheit

- Piktogramme / Hinterlieger
- Rundgänge mit Hinweisschildern
- Dinkelsbühl-Card
- Ausbau der Innenstadtführungen

Ein System, das mehrere Probleme lösen soll (Werbung, Hinweise auf Gewerbe in den Seitenstraßen, Abfallbehälter, etc.) wurde dem Stadtrat am 17.12. 03 vorgestellt. Das Konzept wie das vorgestellte Modell fand allgemeine Zustimmung.

Mit der Herstellerfirma fand am 5.05.04 ein Termin statt. Anschließend wurden Angebote über die Druckkosten eingeholt; mit interessierten Betrieben gibt es erste Kontakte über eine Aufnahme in das Hinweissystem.

*Die Infostationen wurden im Herbst 2004 an den vorgesehenen Punkten in und um die Altstadt installiert und werden gut angenommen.*

*In Zusammenhang mit der Neugestaltung/Neuausrichtung des Historischen Museums entstehen Themenführungen zu den einzelnen Schwerpunkten der Museumspräsentation wie „Verteidigung, Gerichtsbarkeit, Handel und Handwerk, ...“ zusätzlich zu dem im Museum verwendeten Präsentationselement „Einblicke“/„Ausblicke“.*

## 3.2.1

# Tourismus, Verkehr, Kultur Veranstaltungen/Bewerbungen

### Veranstaltungen

Veranstaltungen tragen zur Attraktivitätssteigerung unserer Stadt bei. Verschiedene Konzepte und Umsetzungsmöglichkeiten müssen geprüft werden.

- Rockkonzert
- Frühlingswochenende  
Sperrung der Innenstadt  
Ausstellungen von Autohäusern  
offener Verkauf der Einzelhändler  
Essen und Trinken  
zusätzliche Verkaufsevents
- Kunstgegenstände in der Innenstadt
- Koordinierte Einladungen durch die Industrie mit der Stadt (besondere Betriebsveranstaltungen/Incentives) wie  
Begrüßung durch die Stadt  
besonderes Rahmenprogramm  
Imageförderung

2004 werden die verschiedensten Konzertveranstaltungen in und um die Altstadt stattfinden. An einer Wiederbelebung des Insel-Festivals wird gearbeitet. An den Marktwochenenden sorgen entsprechende größere und kleine „Events“ (z.B. Auto-show, Fahrradmarkt, etc.) für eine Attraktivitätssteigerung. Aktion „Kunst im Fenster“ zur Belebung der Altstadt in zeitweilig leerstehenden Ladenlokalen.

Der Einzelhandel sowohl in der Altstadt wie außerhalb denkt über weitere Verkaufsevents nach.

*Zusammen mit dem Städtetheater sollen in der Saison 2006 die Freilichtaufführungen in einem Paket für Betriebsausflüge beworben werden.*

*Das Insel-Festival wird wohl nicht wiederbelebt werden können, die Kosten übersteigen die Möglichkeiten der Stadt bei Weitem.*

*Im August 2006 fand bei Sinbronn zum ersten Mal das „SummerBreeze“ Festival statt. Trotz anfänglicher Bedenken Einzelner war die Veranstaltung mit etwa 12.000 Besuchern ein voller Erfolg und hat daher auch 2007 wieder stattgefunden.*

*Radio 7 machte am 23. Juni 2007 mit der „Sun&Fun Tour“ Station auf den Weinmarkt; im Rahmen der Kinderzech-Festwoche gastierte die Berufsfachschule mit „Go Pop Go Music“ auf dem Weinmarkt. Das Freilichttheater im Künßberggarten wird regelmäßig für Konzertaufführungen für nahezu alle Altersgruppen genutzt*

## 3.2.2

# Tourismus, Verkehr, Kultur Veranstaltungen/Bewerbungen

### Weihnachtsmarkt

- Veranstalter/Organisation (privater Betreiber/Gesellschaft?)
- Zusammenarbeit mit dem Touristik Service
- Bewerbung
- Finanzierung (Beteiligung der Stadt)
- Einbindung der Einzelhandelsgeschäfte und der Gastronomie
- Weihnachtsschmuck in der gesamten Innenstadt

Weihnachtsmarkt wurde 2004 federführend von der Stadt organisiert und weitgehend finanziert (Übernahme des Defizits).

*Für 2005 ist ein neues Finanzierungskonzept unter Beteiligung privater Investoren aus den Reihen der Marktferanten in Beratung. Die Stadt übernimmt einen Betrag von 10.000 Euro, für Bewerbung des Weihnachtsmarktes durch TSD etc.*

*Das Angebot der Fieranten wurde in der StRats-Sitzung im Mai 05 behandelt und akzeptiert. Der Weihnachtsmarkt hat unter diesen geänderten Vorzeichen vom 24.11. bis 21. 12. 2005 stattgefunden und war wiederum sehr erfolgreich.*

*In der Stadtratssitzung vom 22. Februar 2006 wurde daher beschlossen, eine entsprechende Vereinbarung über fünf Jahre Laufzeit abzuschließen, um den Verantwortlichen Planungssicherheit zu geben.*

*Der Weihnachtsmarkt hat auch 2006 seine Attraktivität unter Beweis gestellt und sich zu einem echten Besuchermagnet entwickelt. In 2007 wurde daher die Dauer um ein paar Tage verlängert, um auch das vierte Adventswochenende mit einzubeziehen. Im Zusammenhang mit dem Umbau der Spitalscheune wurden entsprechende Strom- und Wasseranschlüsse für den Markt vorgesehen.*

### 3.2.3 Tourismus, Verkehr, Kultur Veranstaltungen/Bewerbungen

#### **Handwerkermarkt**

- Veranstalter/Organisation (Träger sind seit dem Jahr 2004 die Dinkelsbühler Geldinstitute zusammen mit der Stadt)
- Zusammenarbeit mit dem Touristik Service
- Bewerbung
- Standort (voraussichtlich auf dem Schießwasen)
- Kombination mit innerstädtischen Veranstaltungen

s. unter 3.2.5

## 3.2.4

### Tourismus, Verkehr, Kultur Veranstaltungen/Bewerbungen

#### Wochenmarkt

- Standort (Weinmarkt?)
- Pflasterung/Umgestaltung
- technische Vorkehrungen
- täglich/nur am Wochenende?
- Bewerbung
- Förderung durch LEADER+

Konkrete Überlegungen wurden bereits angestellt. Diese sollen noch im Mai 2004 in der Stadtratssitzung vorgestellt werden.

*Bei den Sanierungsarbeiten sowohl am Weinmarkt wie im Münsterumgriff wurden versenk-  
bare „Versorgungspoller“ (Strom, Wasser) im Boden eingelassen.*

*Das Angebot auf dem Wochenmarkt konnte ebenfalls erweitert werden; hier halfen Kontakte  
durch das „Magische Dreieck“ nach Crailsheim.*

## 3.2.5

### Tourismus, Verkehr, Kultur Veranstaltungen/Bewerbungen

#### Organisation von weiteren Messen

- z. B. Eisenbahnmesse, Gewerbeschau (analog WEFRA in Neustadt a.d. Aisch)
- Standort (fest/Messehallen?)
- Organisation durch einen privaten Betreiber?

Geplant war zunächst eine „Wirtschaftsmesse“ für den 21. bis 23.05. 04 auf dem Schießwiesen mit Zelt und großem Freigelände. Jedoch war die Nachfrage (seitens der Aussteller) viel zu gering, nicht einmal das Zelt wäre gefüllt gewesen. Evtl. ist Dinkelsbühl für eine solche Messe einfach zu klein.

Auf Wunsch der Aussteller, die den Standort Weinmarkt/Schranne favorisieren, fand die Gewerbeschau vom 1. bis 3. 10. 2004 in der Schranne statt. Veranstalter waren die drei Regionalbanken und die Stadt Dinkelsbühl. Der Einzelhandel hat an diesem Wochenende parallel zur Ausstellung verlängerte Öffnungszeiten angeboten (Fr bis So jeweils bis 19 Uhr).

*Die Messe war ein voller Erfolg und fand daher vom 1. bis 3. Oktober '05 wieder statt. Wegen der guten Resonanz war eine Ausdehnung des Ausstellungsbereichs auf den gesamten Weinmarkt notwendig.*

*2006 fand die Handwerkermesse vom 6. – 8. Oktober statt. Eine Kombination der Messe mit weiteren innerstädtischen Veranstaltungen (s. vorne unter 3.2.3) könnte Aufgabe der City-Managerin sein.*

*Die Handwerkermesse 2007 hat am 13./14. Oktober stattgefunden; im nächsten Jahr ist die Messe am 11./12. Oktober geplant.*

## 3.2.6

### Tourismus, Verkehr, Kultur Veranstaltungen/Bewerbungen

#### **Zusammenarbeit der Privaten mit dem Verkehrsamt**

- Auslegen von Prospekten
- Eingehen auf Wünsche
- Terminabstimmungen

An bisher zwei Terminen im Jahr 2004 (nachmittags und abends) wurden Schulungen für Dinkelsbühler Gastgeber (gewerblich wie privat) durchgeführt. Neben Stadtführungen wurden die Teilnehmer mit aktuellen Informationen versorgt, Privatvermietern wurde Prospekt- und Infomaterial zur Verfügung gestellt. Eine regelmäßige Wiederholung der Veranstaltung ist geplant.

Die Auslage von Prospektmaterial (s. Blickpunkt März 03) läuft während einer Probephase im Mai und Juni.

Termine von Vereinen und Verbänden werden regelmäßig über den Blickpunkt bekannt gegeben.

*In das Unterkunftsverzeichnis werden auch Anbieter aus dem Kreis der Direktvermarkter (auch aus der Region) aufgenommen.*

### 3.3.1

## Tourismus, Verkehr, Kultur Straßenbaumaßnahmen

### Ermittlung der erforderlichen Maßnahmen im kommunalen Bereich

- Sachverhaltsermittlung:  
Stadt-/Erschließungsstraßen  
Stadtteilstraßen  
Gemeindeverbindungsstraßen
- Verfahren:  
Festschreibung einer Prioritätenliste  
Klärung der Finanzierung  
Verbindlichkeit der Umsetzungsplanung

Sanierung der Koppengasse im Jahr 2005/06 mit 300 Tsd. Euro im HH enthalten. Die Arbeiten begannen im September 05, Fertigstellung war ein Jahr später, im September 2006.

Sanierung und Umbau der Ledermarkt-Kreuzung im Frühjahr 2007 im Zusammenhang mit dem Umbau des alten Rathauses (Erneuerung der Wasserleitung); Kosten 100.000 Euro; die Einweihung fand am 22.06. 2007 statt.

Sanierung der Königsberger Straße (und Querungshilfe B25) mit 100.000 Euro im Haushalt enthalten, Baubeginn nach der Kinderzeche 2007.

Umbau des Ellwanger Kreuzes zum Kreisverkehr in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Bauamt Ansbach im Sommer 2007 geplant; Anteil Stadt ca. 100.000 Euro.

Sanierung der Crailsheimer Straße in den Jahren 2007/08 mit 340.000 Euro geplant.

Erweiterung des Parkplatz Bleiche mit 150.000 Euro im Jahr 2008 geplant.

Sanierung der Stauerwallbrücke mit ca. 200.000 Euro für 2008 geplant; Straßensanierung Stauerwall für 2009/10 ebenfalls 200.000 Euro.

Instandsetzung GV Straße Karlsholz-Halsbach mit 16 Tsd. Euro in der Finanzplanung enthalten; Instandsetzung GV-Straße Bernhardswend-Dorfkemmtheden mit 40 Tsd. Euro. GV-Straßen in den Stadtteilen: Sittlingen - St. Ulrich, Oberradach - Burgstall, Segringen - Hausertshof mit insgesamt 115 Tsd. Euro in den Jahren 2005 bis 2007 enthalten; Ausbau Ortsstraße Hellenbach mit insgesamt 380.000 Euro in den Jahren 2006/07 geplant; Sanierung Wassertrüdingen Straße mit 86.500 Euro bis Mitte 2006 abgeschlossen. Instandsetzung Hoffeldweg, Egerland- und Sudetenstraße (je 105.000) ursprünglich für 2007 geplant (*nicht ausgeführt, s.u. - bleibt aber als Verpfl.Erm. im Haushalt enthalten*); Instandsetzung (äußere) Dr.-Martin-Luther-Str. mit 205 Tsd. Euro in der Finanzplanung 2008 enthalten.

*Geplant war für 2006 auch die Sanierung des Kienhainweges. Wegen Widerständen bei den Anliegern, die zur Finanzierung mit Straßenausbaubeiträgen herangezogen werden, wurde das Vorhaben zunächst zurückgestellt und aufgrund rückläufiger Gewerbesteuererinnahmen (s.u. 5.1.0) nun komplett aus dem HH 2006 herausgenommen.*

*In der Runde der Fraktionsvorsitzenden wurden die geplanten Straßenbaumaßnahmen der nächsten beiden Jahre besprochen und eine „Dringlichkeitsliste“ aufgestellt. Die Liste soll u. a. auch dazu dienen, Anwohner rechtzeitig über geplante Baumaßnahmen zu unterrichten.*

### 3.3.2

## Tourismus, Verkehr, Kultur Straßenbaumaßnahmen

### **Ermittlung der erforderlichen Maßnahmen im Kreisstraßenbereich**

Ein Maßnahmenkatalog wird erarbeitet.

Die Kreisstraßen AN 43,44 und 45 wurden in den letzten Jahren instandgesetzt bzw. grundlegend erneuert.

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit sollte jedoch der Knoten St. 2220, AN 44 und Ortsstraße nach Rain überplant und baulich verbessert werden (s. hinten Staatsstraßenbau).

### 3.3.3

## Tourismus, Verkehr, Kultur Straßenbaumaßnahmen

### Ermittlung der erforderlichen Maßnahmen im Staatsstraßenbereich

Ein Maßnahmenkatalog wird erarbeitet.

- z.B. Ausbau der St Str. 2218  
Linksabbiegespuren in Botzenweiler und Sinbronn (Kostenbeteiligung der Stadt)

Das Straßenbauamt Ansbach hat im Jahr 2004 ein Teilstück der St 2218 saniert und die Abbiegespuren nach Sinbronn und Botzenweiler gebaut; Stadt beteiligte sich an der Maßnahme mit 57 Tsd. Euro.

An der KrStr. AN 45 Dinkelsbühl-Botzenweiler wurde im Mai 2004 mit dem zweiten Bauabschnitt begonnen. Stadt Dinkelsbühl plante parallel dazu den Geh- und Radweg (Kosten 100 Tsd. Euro).

Auf der Agenda steht die St 2220 von Dinkelsbühl nach Ellwangen. Hier soll das Ellwanger Kreuz zu einem Kreisel umgebaut, die Kurve bei der Reichertsmühle abgeflacht sowie der Knoten bei Rain verkehrstechnisch verbessert und die Strecke zwischen Wolfertsbronn und Landesgrenze in Lage und Höhe neu angelegt werden. Die Maßnahme wird nach einiger Verzögerung aufgrund fehlender staatlicher Mittel definitiv im Sommer 2007 ausgeführt.

*Der neue Kreisverkehr am Ellwanger Kreuz wurde am 30. November 2007 für den Verkehr freigegeben, der Südring zwischen Kreisel und Wörter Kreuz parallel dazu neu asphaltiert und die Kreisstraße bis Einmündung in Nordumfahrung durch den Landkreis Ansbach saniert.*

*Zuvor (August 2006) wurde der stark sanierungsbedürftige Südring in Höhe des Hallenbades neu asphaltiert.*

### 3.3.4

## Tourismus, Verkehr, Kultur Straßenbaumaßnahmen

### Ermittlung der anstehenden bzw. geplanten Maßnahmen im Bundesstraßenbereich

- B 25 (Verlegung auf die Bahntrasse)
- B 310 neu/Anbindung an die A9 (Trassenführung Dinkelsbühl-Nord)  
Einbindung der Stadt in das Verfahren  
Freihalten von Flächen (Standortfrage bei ev. Baumaßnahmen)

Mit dem Straßenbauamt wurden bereits mehrere Gespräche geführt. Die Verlegung der B 25 ist im Bundesfernwegeplan aufgenommen.

*Seit Einführung der LKW-Maut auf Autobahnen ist B25 durch „Mautflüchtlinge“ stark belastet. In Schreiben an Innenminister Beckstein und verschiedensten Gesprächen mit Vertretern aller politischen Couleur wurde auf Dringlichkeit des Ausbaus hingewiesen.*

*Das staatliche Bauamt Ansbach prüft seit Anfang 2007 mögliche Varianten in der Trassenführung*

Die Verbindung (B131) zwischen A7 und A9 durch das Fränkische Seenland soll mit einer Trassenführung nördlich von Dinkelsbühl weiterverfolgt werden.

*Laut Auskunft aus dem Innenministerium (24.04. 2006) werden beide Baumaßnahmen derzeit überplant und aufeinander abgestimmt.*

### 3.3.5

## Tourismus, Verkehr, Kultur Straßenbaumaßnahmen

### Maßnahmen gegen Mautausweichverkehr

Seit der Einführung der LKW-Maut auf Autobahnen im Januar 2005 musste eine deutliche Zunahme des Schwerverkehrs auf der B25 verzeichnet werden. Die Strecke dient seither als Abkürzung- bzw. Ausweichroute für die parallel verlaufende A7. Anwohner wie Pendler litten enorm unter der Situation.

Mit der zum 1. Januar 2006 in Kraft getretenen bundesweiten Regelung wurden die Verkehrsbehörden auf Länder- und Kommunalebene in die Lage versetzt, vom Mautausweichverkehr betroffene Straßenabschnitte ganz oder teilweise für den Schwerverkehr zu sperren.

Eine bereits im Dezember 2005 vom Rathaus in die Tat umgesetzte Sperrung der B25 zwischen Feuchtwangen und Wallerstein musste allerdings auf Drängen des Innenministeriums wieder aufgehoben werden. Starke Widerstände gegen eine anwohnerfreundliche Regelung kamen vom Speditionsgewerbe des Landkreises Donau-Ries und aus dem angrenzenden baden-württembergischen Raum, da von dort eine Verlagerung auf die Bundesstraßen B29 und B290 befürchtet wurde.

*Seit 8. August 2006 ist nun ein Nachtfahrverbot von 22 bis 6 Uhr für den Schwerlastverkehr auf der B25 in Kraft, ausgenommen sind Fahrzeuge aus bzw. mit dem Ziel in den Landkreisen Ansbach und Donau-Ries. Nach einer halbjährigen Probephase soll über das weitere Vorgehen entschieden werden.*

*Ziel jeglicher Regelungen muss es weiterhin sein, den Mautausweichverkehr wieder auf die Autobahnen zurückzudrängen und die Bundesstraßen vom LKW-Verkehr zu entlasten. Dies umso mehr, als der bayerische Verwaltungsgerichtshof das Nachtfahrverbot aufgrund eines Eilantrages mehrerer Spediteure kurz vor Weihnachten 2006 wieder aufgehoben hat.*

*Anfang Dezember 2006 beantragte OB Dr. Hammer in einem Schreiben an Innenminister Dr. Günther Beckstein erneut die Ganztagesperrung der B25 für den Schwerlastverkehr. Nachdruck und politisches Gewicht sollte dem Antrag eine Unterschriftenaktion verschaffen, die in mehreren Orten entlang der B25 durchgeführt wurde.*

*9.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich an der Aktion beteiligt. Die Unterschriftenlisten wurden Staatsminister Dr. Günther Beckstein am 6. März 2007 von Oberbürgermeister Dr. Hammer, Bürgermeister Wolf-Rüdiger Eckhardt (Feuchtwangen) und Bürgermeister Bernhard Kisch (Wilburgstetten), sowie Kreisrat Alfred Michel und Roger Rehn (CSU Schopfloch) übergeben.*

*Am 25. Mai 2007 fand das Hauptsacheverfahren vor dem Verwaltungsgericht Ansbach statt, bei dem OB Dr. Hammer die Interessen der Stadt vertrat. In diesem Verfahren erklärte das Verwaltungsgericht Ansbach das Nachtfahrverbot für rechtswidrig und gab damit den klagenden Spediteuren Recht. Das VG Ansbach setzt allerdings nicht, wie der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, die Schwelle für die Bejahung der Erheblichkeit der Belastung erst bei einer Erhöhung um 3 dB/A an, sondern stellt eine Einzelfallbetrachtung an. Die bisher vorgelegten Zahlen genügen dem VG jedoch nicht; der Zuwachs seit Einführung der Maut sei zu gering. Das VG sieht aber durchaus Chancen für die Anordnung eines Durchgangsverbotes, vor allem im überregionalen Verbund.*

*Gegen diese Entscheidung wurde nun durch die Stadt Dinkelsbühl und das Landratsamt Ansbach Revision zum Bundesverwaltungsgericht eingelegt.*

*Beginnend am 25.06.2007 um 12 Uhr hat der SPD-Ortsverein Dinkelsbühl eine 24-Stunden-Zählung der Lkw-Verkehrs durchgeführt und dabei auch eine Differenzierung zwischen regionalem und überörtlichem Lkw-Verkehr vorgenommen; gegenüber der Zählung im Jahr 2006 sei eine deutliche Erhöhung des Lkw-Aufkommens auf der B 25 zu verzeichnen – insbesondere auch tagsüber.*

### **3.4.0**

## **Tourismus, Verkehr, Kultur Konkrete Projekte**

### **Überwachung des fließenden Verkehrs**

Seit August 2004 überwacht die Stadt Dinkelsbühl die Geschwindigkeit des fließenden Verkehrs; sie bedient sich dabei einer privaten Firma. Nach Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Verwaltungsgemeinschaft Wilburgstetten wird nun auch in den Gemeinden Mönchsroth und Weiltingen der fließende Verkehr durch dieselbe Firma und in Zusammenarbeit mit der Stadt Dinkelsbühl überwacht.

### 3.4.1

## Tourismus, Verkehr, Kultur Konkrete Projekte

### Pflasterung des Münsterumgriffs/Gestaltung des Weinmarktes

- Klärung der Gestaltung  
Ausdehnung des ruhenden Verkehrsbereiches  
Installierung eines festen Wochenmarktes
- Finanzierung  
durch Einbeziehung von Privaten und mit Förderung des Freistaates Bayern  
(„Verkauf“ von Steinen bzw. Flächen; ggf. Pachtzinseinnahmen bei Nutzung der  
Freiflächen durch den Einzelhandel und die Gastronomie)

Die Reparatur einer Teilfläche des Weinmarktes (Sparkasse bis ehem. Gasthof Sonne) wurde vom Stadtrat in der Sitzung am 26.05. 2004 beschlossen und vom Bauhof - teilweise unter aktiver Beteiligung Dinkelsbühler Bürger - zwischen Pfingsten und Kinderzeche 2004 ausgeführt. In der Maßnahme war auch das Einbringen zweier Ver- und Entsorgungsstationen enthalten.

Die Sanierung des direkten Münsterumgriffs wurde durch das Bauamt geplant und vom Stadtrat in der Sitzung am 22.09.04 beschlossen. Baubeginn für den ersten Bauabschnitt war Anfang Oktober 04. Im HH waren dafür 350 Tsd. Euro eingestellt.

Im Rahmen der Arbeiten wurde auch der Altrathausplatz neu gepflastert, der ruhende Verkehr geordnet und der Löwenbrunnen saniert (u. a. Kasten aus Eisengussplatten mit neuer Farbfassung).

Parallel dazu lief die Aktion Stadtbaustein: Bürger/innen tragen durch den Erwerb eines Bausteines zur Finanzierung des Vorhabens bei (zum August 2006 betrug der Spendenstand 49.700 Euro, d.h. rund 8% der Gesamtkosten).

Die Sanierung des Münsterumgriffs wurde im Jahr 2005 fortgesetzt. Der Bereich Marktplatz wurde termingerecht zur Kinderzeche 2005 fertig gestellt und die ersten Bausteine eingelassen.

Der Abschluss der Arbeiten wurde am 10. September 05 begangen, u. a. mit der festlichen Illumination des Münsters. Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf 650.000 Euro.

Mit der Umgestaltung des Ledermarktes und Ausdehnung der Fußgängerbereiche im Jahr 2007 wurde die Aufenthaltsqualität im Stadtzentrum weiter deutlich verbessert.

### **3.4.2**

## **Tourismus, Verkehr, Kultur Konkrete Projekte**

### **Ausdehnung der Bereiche für den ruhenden Verkehr**

Steht in untrennbarem Zusammenhang mit der innerstädtischen Parkraumbewirtschaftung

### 3.4.3

## Tourismus, Verkehr, Kultur Konkrete Projekte

### Ansiedlung von Hotels

- Zielrichtung:  
medizinischer Tourismus/Wellness  
Fortbildungstourismus  
Familienangebote/Freizeit  
Golftourismus
- Standortklärung:  
(Bedürfnisse der Betreiber sind primär zu berücksichtigen)  
zwischen Stadt und Golfplatz

Eine erste Evaluierung hat Ende Dezember 03 stattgefunden; ein weiteres Gespräch mit einem Hotelbetreiber im Februar 04. Bei der Betreiberkette findet derzeit eine Neuausrichtung im Bereich Hotelmanagement statt. Die Abstimmung und Konzeption nimmt noch einige Zeit in Anspruch. Betreiber sind aber grundsätzlich an Dinkelsbühl interessiert und prüfen zurzeit ein solches Vorhaben auf Wirtschaftlichkeit.

*Inzwischen gibt es neue Kontakte zu einem Investor. Ein Besuch vor Ort erfolgte, demnächst sind weitere Gespräche über den genauen Standort geplant.*

*Sanierungsarbeiten bzw. Umnutzung gibt es im Gasthof Sonne und im Hezelhof. Beide Objekte werden nach Abschluss der Arbeiten im Übernachtungs- /Gastronomiebereich genutzt (s. hinten unter 4.4.0).*

### 3.4.4

## Tourismus, Verkehr, Kultur Konkrete Projekte

### Landebahn des Sonderlandeplatzes in Sinbronn

Eine Asphaltierung würde eine ganzjährige Erreichbarkeit durch Luftfahrzeuge der allgemeinen Luftfahrt sicherstellen und damit zu einer wesentlichen Aufwertung des Standortes beitragen.

Finanzierung:  
durch Gewerbebetriebe bzw. Gastronomie  
Wirtschaftsförderung des Freistaates Bayern

Wirtschaftsförderung durch den Freistaat scheidet aus, da nur Verkehrslandeplätze gefördert werden. Eine Aufstufung ist jedoch nicht möglich.

Durch Verlegung des Feldweges und Teilverrohrung ergibt sich eine Verlängerung der Landebahn. Die Gesamtmaßnahme wurde mit den Beteiligten besprochen. Sie beläuft sich auf 13.000 Euro, wobei die Materialkosten vom Aeroclub Dinkelsbühl übernommen werden. *Die Maßnahmen sind mittlerweile ausgeführt.*

### 3.4.5 Tourismus, Verkehr, Kultur Konkrete Projekte

#### Land der Kelten und Römer/Ruffenhofen

Es erscheint dringend geboten, sich in der Entwicklung des Römerparks Ruffenhofen mit einzubinden. Zu klären bleibt, ob die Stadt Dinkelsbühl bereit ist, sowohl den kulturellen Bereich als auch den Freizeitbereich (siehe Pleinfeld) an sich zu ziehen.

Hier ist eine enge Zusammenarbeit mit der DLE geboten.

Eine Konzeptintegration der Keltengräber in Waldeck und Weidelbach ist zu ermöglichen.

Ein erstes Gespräch mit dem Vorsitzenden des Zweckverbandes hat im Dezember 03 stattgefunden; das Projekt wurde dem Stadtrat in der Sitzung vom 31.04. 04 vorgestellt. Konkrete Beschlüsse wurden nicht gefasst.

*In der Sitzung am 23.02. 2005 befasste sich der Stadtrat erneut mit dem Projekt. Die Stadt ist grundsätzlich bereit, sich an der Entwicklung des Römerparks zu beteiligen, wenn:*

- ⇒ *Gesamtkonzept mit Zeitplan und*
- ⇒ *Schätzung der erforderlichen Investitionen vorliegt;*
- ⇒ *sich weitere Gemeinden aus der Entwicklungsregion Hesselberg beteiligen,*
- ⇒ *die Gesellschafterversammlung der ERH dieses Konzept beschließt und*
- ⇒ *Einnahmen zu verzeichnen sind (über kurzfristige touristische Nutzung).*

*Haushaltsmittel sind in der Finanzplanung 2006/07 des städt. Haushaltes vorgesehen. In der Sitzung des Stadtrates am 13.12. 06 wurde über das Thema erneut beraten. Mit 50 Cent je Einwohner, also knapp 6.000 Euro, unterstützt Dinkelsbühl den ersten Bauabschnitt des Römerparks Ruffenhofen.*

### 3.4.6

## Tourismus, Verkehr, Kultur Konkrete Projekte

### Städtetheater – seit 2007 Landestheater Dinkelsbühl

Das Fränkisch-Schwäbische Städtetheater ist für Dinkelsbühl ein Imageträger und verdient unbedingt eine dementsprechende Bewerbung. Zu klären bleibt mittelfristig der

- Standort
- eine etwaige Überdachung und bessere Sitzgelegenheiten für die Freilichtbühne und
- die Finanzierung u.a. durch die Stadt.

Durch die Errichtung einer festen Tribüne werden jährlich Kosten in Höhe von mindestens 5.000 Euro eingespart.

*Eine erste Kostenschätzung belief sich auf 210.000 Euro, wobei der Freistaat Bayern das Vorhaben aus FAG-Mitteln mit 40 % bezuschusst. Gespräche mit der Reg. v. Mfr. und dem zuständigen AK beim Kultusministerium wurden geführt und der Förderantrag fristgerecht gestellt. Der vorgelegten Planung, die eine Eigenbeteiligung der Stadt in Höhe von 80.000 Euro vorsieht, stimmte der Stadtrat in der Sitzung vom 27.10.2004 zu.*

*Anschließend Prüfung, ob parallel eine Förderung des Theaters als Non-Profit-Unternehmen über LEADER+ möglich ist. Zuschüsse wurden in Aussicht gestellt.*

*Planung wurde im Modell mit möglichen Sponsoren (Holz) abgesprochen. Des Weiteren lief die Aktion „Tribünenpatenschaft“.*

*Die Baumeister-, Schlosser-, Zimmerer-, Spengler und Elektroarbeiten wurden vergeben, der Kostenrahmen eingehalten. Der erste Spatenstich zur Realisierung des Projektes erfolgte am 31. März, eine termingerechte Fertigstellung bis zur ersten Premiere am 15.06.2005 ist damit gegeben.*

*Mittlerweile ist die Saison 2005 auf der neuen Freilichtbühne erfolgreich abgeschlossen. Nach der Jahresrechnung 2004 betragen die Gesamtkosten 370.000 Euro. Die Kostensteigerungen sind insbesondere durch Erhöhungen bei den Ausschreibungsergebnissen sowie nachträgliche Änderungen verursacht. Aus FAG-Mitteln (des Freistaats Bayern) und Leader+ - Mitteln der EU können voraussichtlich rd. 230.000 Euro erwartet werden, der Rest wird durch Verkaufserlöse, Spenden und städt. Eigenmittel aufgebracht.*

*Als weiteres Projekt zur Stärkung des Imageträgers „Städtetheater“ wird derzeit die Umnutzung der Spitalscheune für die Einrichtung eines festen Hauses auf die finanzielle Machbarkeit hin geprüft. Eine Stärkung des Theaters soll auch über das Instrument „Landesbühne“ erreicht werden. Auch hier laufen Gespräche mit den entsprechenden Stellen.*

*Das Prädikat „Landesbühne“ wurde anlässlich eines Ministerbesuchs in Dinkelsbühl zum 01.01. 2007 verliehen.*

*Die Freilichtsaison auf der neuen Bühne war die bisher erfolgreichste in der Theatergeschichte. Knapp 27.000 Besucher haben die Bühnenstücke sowie die Sonderveranstaltungen aus Anlass „50 Jahre Städtetheater“ gesehen.*

*Nach dem Wegfall von LEADER+ - Mitteln wurde von Oberbürgermeister Dr. Hammer eine Spendenaktion gestartet, die bisher (Stand 31.07. 07) 335.013 Euro erbrachte. Damit kann die Finanzierungslücke nach dem Ausfall der LEADER + - Mittel geschlossen werden.*

*Finanzielle Unterstützung haben auch die bayerische Landesstiftung, der Freistaat Bayern aus FAG-Mitteln und die Kulturstiftung des Bezirks Mittelfranken zugesagt.*

*In der Sitzung des Stadtrates am 27.09. 06 wurde ein positiver Grundsatzbeschluss zum Umbau der Spitalscheune gefasst.*

*Die Arbeiten haben Anfang 2007 begonnen, Einweihung des neuen Hauses ist für den 24. Mai 2008 geplant.*

*Die Freilichtsaison 2007 war wiederum sehr erfolgreich und brachte noch einmal eine Steigerung der Zuschauerzahlen um etwa zehn Prozent gegenüber 2006 auf nunmehr ca. 28.000 Besucher. Erstmals wurden auch vier Stücke auf der Freilichtbühne gezeigt.*

### 3.4.7

## Tourismus, Verkehr, Kultur Konkrete Projekte

### Historisches Museum

#### Handlungsbedarf:

Die zeitgemäße Unterbringung der Sammlung des Historischen Vereins Alt-Dinkelsbühl e.V. bedarf einer angemessenen und abschließenden Lösung. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger haben ihre Ausstellungsstücke allein im Vertrauen darauf dem Verein übereignet oder geben Geldspenden. Darüber ist die Sammlung und ihre Ausstellung im Museum für die Stadt und ihre Bevölkerung Kristallisationspunkt und Reflektionsmöglichkeit ihrer Geschichte. Das Museum kann nach Neueinrichtung und über Wechselausstellungen und Veranstaltungen auch einen wichtigen Beitrag für den Tourismus, das örtliche Kulturleben und die Schülerbildung leisten.

#### Standort:

Spitalgebäude B (derzeitiger Standort). Ca. 1.500 m<sup>2</sup> Fläche über 3 Vollstockwerke und zwei Dachgeschosse. Gute Räumlichkeiten und Führungslinie (s. jedoch Erläuterungen Seite 58).

#### Nutzungskonzept:

Grobkonzept wird bis Frühsommer 2004 im Auftrag des Vereins erstellt. Dieses wird anschließend im Stadtrat vorgestellt. Nach positivem Votum Erstellung der Feinplanung bis Mitte/Ende 2006. Planungsmittel sind über Verein und Bezirk Mittelfranken vorhanden. Konzept sieht vor, eine „Dauerausstellung“ mit dem Schwerpunkt Reichsstadt unter besonderer Berücksichtigung der konfessionellen Frage auf ca. 2 Geschossen einzurichten. Dazu kommen wichtige Themen, wie Kinderzeche, Vertriebene, Persönlichkeiten, Bildergalerie, etc.. Von besonderer Bedeutung ist es, dem Museum ein klares Profil zu geben.

#### Trägerschaft/Finanzierung

- Historischer Verein Alt-Dinkelsbühl e.V. (Sammlung, Betrieb)
- Stadt Dinkelsbühl (Sanierung, Einrichtung, Betrieb)
- Bezirk Mittelfranken (Planung, Neueinrichtung)
- Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen (Planung, Neueinrichtung)
- Stiftungen, Fonds (z.B. Bayerische Landesstiftung, Entschädigungsfonds, Kulturfonds, IHK-Kulturstiftung)

Kosten sind derzeit nicht zu klären. Hierzu bedarf es der Fertigstellung der Grobplanung. Anschließend kann eine erste Kostenschätzung vorgenommen werden (mit Kämmerei Anfang Dezember 2003 so vereinbart), die mit der Feinplanung überarbeitet werden kann. Als Orientierung kann die Summe von 1,8 Mio. € aus dem Jahr 2000 dienen. Nach einer Aufstellung der Stadtkämmerei wären 50% nach Ausschöpfung aller Zuwendungen von der Stadt zu tragen. Kosten- und Finanzierung sind aber komplett zu überarbeiten.

#### Dringlichkeit

- Planung: hoch (läuft)
- Kleinere Maßnahmen zur Sicherung der Exponate und der Erhaltung der Betriebsfähigkeit: hoch (läuft)
- Umsetzung: mittel (ab 2006/7)

Grobkonzept für Neuausrichtung der Ausstellung liegt vor. Verbesserungen z.B. der Eingangssituation (Windfang, Theke) wurden ausgeführt.

Vom 28. Juni bis 9. Oktober 2005 wurden in einer Sonderausstellung historische Waffen aus der Sammlung Jürgen Fricker gezeigt, im Winterhalbjahr Zinnfiguren aus der Sammlung Mayer-Eming. Sie nehmen die Idee einer Zusammenarbeit mit weiteren Kulturträgern/Sammlern auf, die in einem neuen Museum fortgeführt werden soll.

Seit Jahresende 2004/Anfang 2005 stellt sich die Gesamtsituation jedoch geändert dar: da realistische Aussicht auf Unterstützung eines Sanierungsvorhabens durch die Deutsche Stiftung Denkmalschutz besteht (Gespräche wurden bereits geführt), wird als Standort für ein Historisches Museum in Dinkelsbühl wieder das Alte Rathaus in Betracht gezogen.

Hier könnten weitere Aspekte der Stadtgeschichte einbezogen werden. Erste Gespräche mit den Betreibern bzw. interessierten Gruppen laufen. Bis Mitte Januar 2005 soll ein Konzept vorliegen, bei dem federführend der Historische Verein die Inhalte plant, das städt. Bauamt die Sanierungsarbeiten am Gebäude.

*Zum „Tag des offenen Denkmals“ am 10.09. 2005 lag eine Info-Broschüre zum Stand des Projekts vor, die die angesprochenen Punkte näher ausführt. Schwerpunkt des neuen Museums im Alten Rathaus soll die „Reichsstadt unter besonderer Berücksichtigung der konfessionellen Frage“ sein. Baubeginn ist in 2006, spätestens 2007 möglich, über die Finanzierung wurde in einem Gespräch am 9.11. 2005 mit allen Beteiligten beraten.*

*Das Finanzierungskonzept umfasst Baukosten von 3,5 Mio. Euro, wovon von der Stadt bzw. Hospitalstiftung dank des finanziellen Engagements insbesondere des Freistaats Bayern und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz nur zwischen 220 – 300.000 Euro aufzubringen sind. In der Sitzung am 30.11. 2005 stimmte der Stadtrat dem Finanzierungskonzept zum Umbau des Alten Rathauses zu; sowie der Entwurfsplanung des Stadtbauamtes und vergab diverse Ingenieurleistungen, Baubeginn war noch für 2006 geplant.*

*Derzeit wird die Kostenrechnung erstellt, die Voraussetzung ist für die notwendigen Förderanträge.*

*In der Sitzung vom 31. Mai 2006 stimmte der Stadtrat der Museumskonzeption des Planungsbüros Hackl und Partner / München zu. Der Kostümfundus der Kinderzeche ist mittlerweile aus dem Alten Rathaus ausgezogen, Baubeginn war im Frühjahr 2007, projektiert ist eine Bauzeit von 18 Monaten. Die Einweihung des neuen „Haus der Geschichte Dinkelsbühl – von Kreig und Frieden“ ist für den 18. Oktober 2008 geplant.*

## 3.4.8 Tourismus, Verkehr, Kultur Konkrete Projekte

### Sonstiger Museumsbetrieb

Hier bedarf es dringend einer einheitlichen und abgestimmten Bewerbung nach Außen. Unseren Besuchern müssen die Besonderheiten Dinkelsbühls vergegenwärtigt werden. Projekte wie

Historisches Museum im Spital  
3D-Museum,  
Kirchen, einschließlich der Sehenswürdigkeiten in den Ortsteilen,  
Exponate des Heimatkreises Mies-Pilsen  
Fundus des Festspiels „Die Kinderzeche“

müssen als Gesamtkomplex „vermarktet“ werden.

Als äußerst interessant wird die Möglichkeit des Zugriffs auf Exponate des Freistaates Bayern angesehen. Gelingt es der Stadt Dinkelsbühl, ansprechende und geeignete Ausstellungsräume bereitzustellen, wären Gastausstellungen des Freistaates Bayern ein absoluter Gewinn. Die bayerische Staatsregierung beabsichtigt unter dem Motto „Kunst auf dem Lande“ Angebote zu unterbreiten. Diese Möglichkeit sollte unbedingt unter Einbeziehung der örtlichen Landtagsabgeordneten genutzt werden.

Dinkelsbühl ist als Kultur- und Museenstadt zurzeit viel zu unbekannt!

*Gemeinsam mit den Partnern des „Magischen Dreiecks“, Crailsheim und Ellwangen, soll ein Museumspass nach dem Vorbild von „Wo essen“ entstehen, d.h. eine Person zahlt Eintritt in die Museen der Region, die zweite ist frei.*

*Im Rothenburger Tor ist ab Sommer 2006 eine Ausstellung zum Thema „Hexenverfolgung“ geplant. Sie wird konzipiert in Zusammenarbeit mit den Partnern des „Magischen Dreiecks“; parallel zur Dinkelsbühler Aktion sollen auch in Ellwangen und Crailsheim Ausstellungen zur gleichen Thematik laufen. „Hexenausstellung“ wurde am 29.07. 2006 eröffnet.*

*Die bisher als Lagerraum genutzte Kornscheune in der Bauhofstraße wird seit der Kinderzeche 2005 durch das Festspiel zum „begehbaren Zeughaus“ umgestaltet. Zum Stadtfest 2005 war die Wagenhalle im Erdgeschoss fertig gestellt und erstmals für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.*

*Im Sommer 2006 wurde mit dem Umbau begonnen, da die Zeit drängte, den Kostüm-Fundus aus dem Alten Rathaus umzuziehen (s. vorne 3.4.7). Die bei der Untersuchung festgestellte Schadstoffbelastung hat den Baubeginn verzögert, gestartet wurde nach der Sanierung im September 2006. Dennoch wird ein Teilbezug im März 2007 möglich sein, um den Fundus im Alten Rathaus zu räumen. Einweihung des Zeughauses fand am 8. September 2007 statt.*

*In der Planung sind weitere Altstadtprojekte (z.B. Wörnitztor für junge Besucher öffnen) zur Aktivierung bisher ungenutzter Potenziale, um die Stadt insgesamt erlebbarer zu machen.*

## Wirtschaft – Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft

### Wiederbelebung des Unternehmerstammtisches

Um Informationen miteinander vernetzen zu können bedarf es zwingend einer gemeinsamen Plattform. Es bleibt zu bedenken, ob auch die Arbeitsverwaltung beigezogen werden sollte. Die erste gemeinsame Sitzung findet im Januar 2004 statt. Hier ist auch zu klären, ob die Bereiche

- Gewerbe,
- -Industrie und
- -Gastronomie

in Zukunft Untergruppierungen bilden bzw. ein kleineres Gremium mit „Vertretern“ zu installieren ist.

Der sog. Unternehmerstammtisch wurde wiederbelebt und hatte am 29.01.2004 sein erstes Treffen. Dort haben sich drei Arbeitsgruppen gebildet, die sich in der Zwischenzeit jeweils getroffen haben: Gastronomie in Zusammenarbeit mit TSD, Dienstleistung/prod. Gewerbe am 5. April (leider nur geringe Resonanz, vier Teilnehmer) und Handel/ Einzelhandel am 3. Mai 2004. Beim ersten Treffen war jeweils der Oberbürgermeister und Mitarbeiter aus der Verwaltung anwesend.

Zum weiteren Vorgehen ist angedacht, dass die „Stammtische“ sich in regelmäßigen Abständen treffen und die Stadt sich nur alle ½ bis 1 Jahre „einklinkt“, um bei Problemen oder Fragen zu helfen.

*Ein nächstes Treffen aller Gewerbetreibenden war für Anfang 2005 geplant. Über die Presse wurde Einladung an alle Interessierten gerichtet. Dabei wurde über das weitere Vorgehen – Stichwort Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, Unterstützung bestehender Unternehmen – beraten.*

*Aus dem Unternehmerstammtisch heraus hat sich das Citymarketing Dinkelsbühl entwickelt. Die Gewerbetreibenden haben Frau Annette Kolb zur Citymanagerin gewählt. Frau Kolb hat am 1.03.06 ihre Arbeit aufgenommen; das Citymarketing wird derzeit von etwa 100 Gewerbetreibenden unterstützt. (s. vorne unter 1.3.3).*

*Am 27.02.07 wurde der Verein Citymanagement Dinkelsbühl e.V. mit bisher 95 Mitgliedern gegründet.*

## 4.1.2

### Wirtschaft – Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft

#### **„Zentrale Anlaufstelle“ für Wirtschaftsbetriebe im Rathaus**

Diese Stelle soll die Schnittstelle zu allen Verwaltungsabteilungen intern bilden und nach außen als Sprachrohr fungieren.

Wesentliche Aufgabe wird die Kontaktaufnahme zu Betrieben sein. Die Devise soll sein „Wir lösen Ihre Probleme und sind für Sie da!“ Prädestiniert für diese Aufgabe ist der Ansprechpartner für Wirtschaftsfragen im Rathaus, Herr Staufinger.

Ein Wirtschaftsförderungsprospekt liegt derzeit im Entwurf vor.

*Seit Januar 2006 nimmt zusätzlich Herr Reinhard Reck auf ein Jahr befristet die Aufgaben des Stadtmarketing wahr. Die Beauftragung von Herrn Reck endete zum 30.04. 2007.*

## Wirtschaft – Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft

### **Wirtschaftsförderung durch den Freistaat Bayern/Zusammenarbeit mit dem LRA Ansbach**

Als Große Kreisstadt und bevorzugt zu entwickelndes Mittelzentrum hat die Stadt Dinkelsbühl den Anspruch, verstärkt auf die Unterstützung des Landes zurückgreifen zu können.

Eingefordert werden sollte:

- Förderung durch den Freistaat Bayern (*gibt es dafür nicht!*)
- Bewerbung des Standortes Dinkelsbühl durch den Freistaat Bayern (*keine Förderung möglich*) und das LRA Ansbach (*Angebot der Wirtschaftsförderung im LKR Ansbach liegt vor!*)
- Prospekt (Stadt) wird derzeit erstellt!
- Internetbewerbung durch Stadt ist gut.

#### 4.1.4

### Wirtschaft – Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft

#### **Einführung der Dinkelsbühl-Card**

Eine Konzeption mit Herrn Kamm/Herrn Merz ist in Arbeit.

Gespräche fanden und finden weiterhin statt. Einführung der Dinkelsbühl-Card (mit Unterstützung der Banken!!) ist beschlossen.

*Da die geforderte Teilnehmerzahl von 80 Geschäften zum Start nicht erreicht wurde, waren die seinerzeit drei Regionalbanken nicht zu einer finanziellen Unterstützung bereit. Die weitere Entwicklung liegt daher auf Eis.*

**4.1.5**

**Wirtschaft – Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft**

**Regelmäßige Information in der Stadtratssitzung über die wirtschaftliche Entwicklung**

Erfolgt seit der Stadtratssitzung am 26.11. 2003.

## Wirtschaft – Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft

### Vergabe der Schranne bei Wirtschaftsveranstaltungen

Als Zeichen der Unterstützung der Wirtschaft wird angedacht bei bestimmten Veranstaltungen heimischer Wirtschaftsbetriebe z. B. einen verminderten Pachtzins zu verlangen. Dies insbesondere dann, wenn es sich dabei um überregional bedeutende Veranstaltungen handelt bzw. um Existenzgründer.

*Für die Höhe des Pachtzinses bei der Vergabe der Schranne werden grundsätzlich die vom Stadtrat festgelegten Benutzungsgebühren in Anwendung gebracht.*

*Es kommt jedoch immer wieder vor, dass die Mieter aus den verschiedensten Gründen um eine Ermäßigung der Gebühren nachsuchen. Solche Ermäßigungen wurden bisher von Oberbürgermeister Dr. Hammer oder dessen Stellvertretern gewährt, sofern es sich um Benefizveranstaltungen, Veranstaltungen örtlicher Vereine oder solche mit sozialem Anliegen handelt.*

*In der jüngsten Vergangenheit wurde gegenüber dem TSD immer wieder der Wunsch geäußert, der örtlichen Gastronomie entgegen zu kommen, beispielsweise wenn der Saal nur für kurze Zeit für ein Mittag- oder Abendessen genutzt wird und das Angebot knapp kalkuliert wurde. Der TSD profitiert in diesen Fällen meist beim Verkauf weiterer Programmpunkte wie Stadtführungen etc.*

*Bei überregional bedeutenden Veranstaltungen ist eine Senkung der Mieten ebenfalls oft wünschenswert, denn dies wertet die Schranne sowie die Stadt als Veranstaltungsort mit Sicherheit auf und Veranstalter wandern nicht in Nachbarorte ab.*

*Fazit: eine flexible Handhabung wie bisher bereits geübt, bietet die besten Voraussetzungen, die Schranne optimal zu vermarkten.*

## 4.1.7

### Wirtschaft – Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft

#### **Internetbewerbung/Verlinkung der Stadtseiten mit denen von Betrieben**

Die Internetseiten der Stadt Dinkelsbühl sollten die hohe Lebensqualität vor Ort stärker unterstreichen. Sowohl für den Touristen, wie auch für Menschen, die sich einen neuen Lebensmittelpunkt suchen, stellt das Medium Internet eine der wichtigsten Informationsquellen dar. Der Auftritt muss die Frage beantworten: warum soll ich mich nach Dinkelsbühl orientieren?

Ähnlich verhält es sich bei ansiedlungswilligen Betrieben. Bei Verlagerungsentscheidungen kommt den sogenannten „Soft facts“ eine immer größere Bedeutung zu. Dann gilt es diese auch zu unterstreichen.

Die Internetseiten der Stadt sollten darüber hinaus (durch links) verstärkt auch auf ansässige Betriebe verweisen. Dies steigert die Attraktivität der Stadtseiten zum einen und hilft den ansässigen Betrieben bei der Bewerbung. Entsprechend sollte auch umgekehrt eine Verlinkung erfolgen. Wenn beide Seiten profitieren, bleibt zu überdenken, ob dies beiderseits kostenfrei erfolgen soll.

Über „Gewerbe-Online“ sind Links zu vielen Dinkelsbühler Firmen vorhanden und werden auch weiterhin jederzeit gesetzt (Voraussetzung: eigener Internetauftritt!) Internetauftritt stellt die „soft facts“ klar heraus und wird vielfach gelobt.

*Seit Jahresanfang 2006 gibt es unter [www.stadtmarketing-dinkelsbuehl.de](http://www.stadtmarketing-dinkelsbuehl.de) aktuelle Informationen zum Stadtmarketing.*

## 4.2.1

# Wirtschaft – Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden

## **Bildung Kommunalen Allianzen**

Insbesondere bei der gewerblichen Entwicklung wird dieser Weg als sinnvoll angesehen. Es bleibt zu klären, welche Gemeinden daran Interesse haben und bei welchen die Ausgangslage mit der Dinkelsbühls vergleichbar ist.

Gespräche mit dem Präsidenten der DLE, Herrn Schulze, erscheinen hilfreich und zielführend.

In Zusammenarbeit mit der Direktion für ländliche Entwicklung (DLE) und unter deren Leitung (Präsident Schulze) fand ein erstes Treffen der Bürgermeister von Mönchsroth und Wilburgstetten sowie Oberbürgermeister Dr. Hammer am 22.04.04 in Wilburgstetten statt.

Ergebnisse:

- In den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Tourismus besteht Interesse an übergemeindlicher Zusammenarbeit;
- Die Zusammenarbeit soll auch über die Landesgrenze zu Baden-Württemberg ausgedehnt werden;
- Weitere Gespräche fanden Mitte Juni und Ende November 2004 in Mönchsroth statt.
- *Anfang Februar 2006 fand ein Seminar mit Vertretern der drei Gemeinden in Klosterlangheim statt. Das weitere Vorgehen wird derzeit gegenseitig abgestimmt.*

## Wirtschaft – Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden

### Vermarktung der länderübergreifenden Wirtschaftsregion A6 und A7

Diesbezüglich ist in nächster Zeit mit den Gemeinden in Baden-Württemberg und des Feuchtwanger Raums Kontakt aufzunehmen. Es bleibt zu überdenken, ob die zuständigen Bundestagsabgeordneten miteinbezogen werden sollen.

Förderungen durch Europäische Union für unseren ländlichen Raum erscheinen möglich.

Hierzu fand bereits ein Gespräch mit den Landräten von Ansbach und Schwäbisch Hall und den jeweiligen Wirtschaftsförderern sowie dem Wirtschaftsförderungsreferenten der Stadt Crailsheim am 30.03.04 im Rathaus in Dinkelsbühl statt.

Am 28.04.04 fand ein erstes Treffen der zuständigen Wirtschaftsförderer der Landkreise Ansbach und Schwäbisch Hall sowie der Städte Crailsheim und Dinkelsbühl statt.

#### **Ziel :**

Erarbeitung eines Grobkonzeptes für eine länderübergreifende wirtschaftliche Zusammenarbeit entlang der A7 (*Abzuklären ist der Einzugsbereich, die Tätigkeitsbereiche der Vereinigung, der zeitliche Rahmen der Umsetzung, außerdem fehlt ein griffiger Name*).

#### **Geplante Maßnahmen:**

- Länderübergreifendes Ansiedlungsprospekt;
- Zusammenführen der bestehenden Internetseiten;
- Eigener, gemeinsamer Internetauftritt;
- Erkennungszeichen/Logo/Name für gesamten Raum;
- Touristische Zusammenarbeit Hohenlohe/Romantisches Franken.

*Mittlerweile, anfangs informeller, Zusammenschluss als „Magisches Dreieck“. Erstes Treffen am 7. Oktober 2004 in Ellwangen. Das nächste Treffen fand Mitte Dezember statt. Hier wurde über Vorschläge für eine gemeinsame Broschüre beraten. Der Prospekt, der den Wirtschaftsraum vorstellt, ist erschienen.*

*Die ersten Schritte sind mit den Verbesserungen bei den Busverbindungen von Dinkelsbühl nach Ellwangen gemacht, ebenso sind Gastspiele des Fränkisch-Schwäbischen Städtetheaters fest terminiert.*

*Offiziell und im Beisein von Wirtschaftsminister Wiesheu wurde das „Magische Dreieck“ im März 2005 auf der Frühjahrmesse in Crailsheim aus der Taufe gehoben.*

*Die drei Städte planen zusammen mit weiteren Kommunen eine gemeinsame regionale Klärschlammverwertung. Die Gesellschaft ist gegründet, die Standortentscheidung ist zugunsten Dinkelsbühls gefallen und die weitere Planung läuft.*

*Weitere Gemeinden im Bereich des Magischen Dreiecks sind zur Mitarbeit aufgefordert und werden bei konkreten Projekten dabei sein.*

*Die beteiligten Städte und Gemeinden präsentierten sich gemeinsam zum Kalten Markt in Ellwangen im Januar 2006 und stellten die Internetseite [www.magisches-dreieck.de](http://www.magisches-dreieck.de) vor.*

*Gemeinsam wurden auch ein Schreiben an den Bundesverkehrsminister und die Innenminister der Länder Baden-Württemberg und Bayern verfasst, in dem auf die Dringlichkeit und Problematik des Maut-Ausweichverkehrs hingewiesen und um Abhilfe gebeten wurde.*

*Ende September 2006 trafen sich die Gemeinde- bzw. der Stadtrat von Crailsheim, Ellwangen und Dinkelsbühl zu einem Erfahrungsaustausch in Dinkelsbühl.*

*Im November 2006 ging die gut besuchte Premiere des „Balls der Wirtschaft“ im Hotel Meiser in Neustädtlein über die Bühne. Der Ball hatte zum Ziel, Unternehmen und Politik der Region zwanglos in Kontakt zu bringen.*

*Der Ball soll künftig in zweijährigem Turnus stattfinden. Nächster Termin ist der 14.11. 2008. Die Präsentation Dinkelsbühls (Theater, Tourismus, etc.) beim Kalten Markt in Ellwangen ist mittlerweile zu einer festen Einrichtung geworden, ebenso ist Dinkelsbühl bei der Frühjahrsmesse in Crailsheim vertreten.*

*Das für Herbst/Winter 2007 geplante Magazin eines privaten Anbieters unter dem Namen TRIANGEL wurde nicht verwirklicht. In Aussicht ist eine engere Kooperation der verschiedenen Tageszeitungen über Ländergrenzen hinweg.*

## Wirtschaft – Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden

### Entwicklungsregion Hesselberg

- Ermittlung der Vorteile für die Stadt Dinkelsbühl  
Kosten für die Stadt  
Mitgliedschaft  
Zielausrichtung in der Gesamtheit  
konkrete Fördermaßnahmen, die in den nächsten Jahren anstehen
- welche Ausrichtung sollte im Interesse der Stadt Dinkelsbühl weiter verfolgt werden?  
wirtschaftliche Entwicklung  
touristische Entwicklung  
Kaufkraftbindung in der Region

Schwerpunkt ist die touristische Entwicklung. Ein erstes Gespräch zu verschiedenen Einzelmaßnahmen (Hesselberg-Card, etc) erfolgte bereits anlässlich der Zukunftskonferenz Region Hesselberg im November 03 in Dinkelsbühl. Ende Februar 2004 war zu weiteren Gesprächen eingeladen.

Eine Meinungsbildung hinsichtlich der Vorteile für Dinkelsbühl hat noch keine abschließenden Ergebnisse gebracht. Die jährlichen Kosten waren bisher 11.593 € (1€/Einwohner). Stadtratssitzung vom 31.04.04:

- Weitere Mitgliedschaft, wenn
- der Jahresbeitrag auf 0,50 €/Einwohner festgesetzt und der Beitrag für 2005 gestundet wird;
- eine Strukturänderung der Gesellschaft erfolgt und Erreichung der Kostendeckung erzielt wird (z.B. Einbeziehung der WiFöGes. Ansbach);
- Stadtrat Paul Beitzer vertritt Dinkelsbühl in der Entwicklungsregion (neben OB).

Nachhaltige Entwicklung ist nach Meinung aller Beteiligten wohl nur auf touristischem Gebiet zu erreichen

*Zusammenarbeit gibt es mittlerweile beim Römerpark Ruffenhofen (s. vorne 3.4.5), wo das städtische Bauamt eine genehmigungsreife Entwurfsplanung erarbeitet hat.*

*Unterstützt durch die Region Hesselberg und LEADER + Mittel der EU wurden die Projekte „Arche Noah Garten“ und Neubau der Theatertribüne (s. jeweils vorne).*

*In der Sitzung am 26. April 2006 beschloss der Stadtrat für die kommende Förderperiode den Verbleib in der Entwicklungsregion Hesselberg in den Jahren 2007 bis 2013, sofern die Region auch dann noch zu den LEADER-Gebieten gehört.*

*Nachdem in den einzelnen Arbeitsgruppen Vorhaben aus Dinkelsbühl für die neue Förderkulisse angemeldet und die Region Hesselberg wieder in das Förderprogramm aufgenommen wurde, bleibt Dinkelsbühl Mitglied in der Entwicklungsgesellschaft.*

## Wirtschaft – Gewerbepark Waldeck

Es ist von eminenter Wichtigkeit (Kostenexplosion durch Verzinsungen), dass das neue Gewerbegebiet schnellstmöglich besiedelt wird. Hier ist mit allen Fraktionen im Stadtrat einvernehmlich das weitere Vorgehen abzusprechen.

Von besonderer Bedeutung wird dabei zum einen die Einräumung möglichst großer Baufreiheit (Flexibilität) und das Angebot konkurrenzfähiger Baulandpreise sein, zum anderen eine dementsprechende Bewerbung.

Grundstückspreise wurden für 2004 auf 20 €/m<sup>2</sup> festgelegt. Preis ist damit konkurrenzfähig.

Bewerbung des Gewerbeparkes im Rahmen der neuen Standortbroschüre und ggf. durch die WiFöGes. Ansbach

Bebauungsplan legt Rahmen fest und wurde in allen Einzelheiten vom Stadtrat so beschlossen.

*Die Bewerbung wurde wegen des laufenden Projekts „Limes-Park“ zunächst auf Eis gelegt. Mittlerweile hat jedoch der erste Betrieb in Waldeck Richtfest gefeiert und ist zum Jahresende 2005 in den Neubau umgezogen. Weitere Anfragen von Gewerbe- bzw. Industriebetrieben liegen vor, Grundstücksverkäufe sind erfolgt und die nächsten Ansiedlungsprojekte sind bereits im Bau.*

*Gleichzeitig ist es gelungen, für das Gewerbegebiet einen zeitgemäß schnellen DSL-Anschluss vorzuhalten. Nachdem jahrelange Verhandlungen mit der Deutschen Telekom zu keinem Ergebnis geführt hatten, wird die in Ellwangen ansässige ODR, eine Tochter von EnBW, den Anschluss übernehmen.*

*Unter Beteiligung der Stadt Dinkelsbühl hat sich im Juli 2005 die „KSV – regionale Klärschlammverwertungs GmbH“ mit Sitz in Dinkelsbühl gegründet. An ihr sind mittlerweile fast 30 Kommunen beteiligt. Dinkelsbühl besetzt mit dem Oberbürgermeister den Sitz des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden und ist dort mit einem weiteren Sitz vertreten.*

*Nach Abschluss der Planungen und des Genehmigungsverfahrens wurde mit dem Bau der Anlage im Jahr 2006 begonnen; die Inbetriebnahme des Biomassekraftwerks soll Ende 2007 erfolgen (s. auch 4.5.6).*

*In Zusammenhang mit Planung und Bau der Klärschlammverwertungsanlage wurde die Bauleitplanung geändert. Aus dem Gewerbegebiet wurde „Industriegebiet Waldeck“.*

### 4.3.1

## Wirtschaft – Gewerbepark Waldeck

### **Vollzug des ökologischen Flächenausgleichs**

Die Gesamtmaßnahme für das Gewerbegebiet Waldeck beläuft sich auf ca. 500 000 Euro (Ankauf von Grund, Bepflanzung, Unterhalt). Die Kosten dafür müssten auf den Quadratmeterpreis aufgeschlagen werden, was zu einer merklichen Kostensteigerung und damit einer Verminderung der Konkurrenzfähigkeit führen würde.

Vorschlag:

Unter Berücksichtigung des Umstandes, dass bei rechtzeitiger Verabschiedung des Bauungsplanes der ökologische Ausgleich nicht erforderlich gewesen wäre, wird vorgeschlagen diesen nicht zu vollziehen.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 26.11. beschlossen, die geforderten Maßnahmen für den ökologischen Flächenausgleich auszusetzen.  
Dies führt zu einer Einsparung von 5 Euro je Quadratmeter.

## 4.3.2

### Wirtschaft – Gewerbepark Waldeck

#### **Modifizierung von Bauauflagen**

Um Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, wird angeraten, den gesamten Bebauungsplan auf seine Vereinfachung hin zu überprüfen (z.B. Anpflanzungsgebote).

Im Verwaltungsvollzug wird eine modifizierte Lösung praktiziert.

### 4.3.3

## Wirtschaft – Gewerbepark Waldeck

### Weitere Bauabschnitte

Die weiteren Bauabschnitte sollten analog zu 4.3.2 in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Kostenreduzierung erfolgen. Zu klären bleibt z.B., ob Grünflächen, Gehwege und entsprechende Beleuchtung zurückgefahren werden können.

#### 4.3.4

### Wirtschaft – Gewerbepark Waldeck

#### **Festlegung von Gewerbelandpreisen**

Es erscheint dringend geboten, zunächst die tatsächlichen Kosten pro Quadratmeter für die Stadt zu ermitteln.

Danach muss mit den Stadträten abgestimmt werden, wie grundsätzlich weiter verfahren wird. Ggf. wäre ein abgestuftes Bonussystem, um einen Anreiz zur alsbaldigen Ansiedlung zu schaffen, sinnvoll. Auch Bauzwang und die Sicherung von Erweiterungsflächen sollten dabei geklärt werden.

In der Stadtratssitzung vom 26.11. 2003 wurde für das Jahr 2004 ein Quadratmeterpreis für Einsteiger von 20,00 Euro festgelegt.

*Bei Grundstücksverkäufen im Gewerbegebiet sind bei der Preisfestsetzung verschiedene Faktoren abzuwägen (Zahl der Arbeitsplätze, Größe de Unternehmens, Flächenbedarf, etc.) Der derzeitige Richtpreis beträgt 25,00 Euro pro Quadratmeter.*

## 4.3.5

### Wirtschaft – Gewerbepark Waldeck

#### Vermarktung

Eine offensive Bewerbung des Gewerbegebietes erscheint unbedingt erforderlich (siehe oben). Dabei muss eine Linie hinsichtlich der Bewerbung bzw. des Verweises durch den Freistaat Bayern und das LRA Ansbach, einer Prospektbewerbung und einer professionellen Internetdarstellung durch die Stadt festgelegt werden.

Neue Standortbroschüre wird erstellt und soll demnächst vorliegen. *Ein aktueller Flyer „Haben Sie schon einmal an Dinkelsbühl gedacht?“ liegt vor. Flyer wird gezielt gestreut, um Standort ins Gespräch zu bringen.*

WiFöGes. Ansbach hat Erstellung einer Präsentation (ähnlich wie für Heilbronn) für Waldeck angeboten.

Internetdarstellung ist professionell und wird vielfach gelobt.

Werbung/Vermarktung lag zunächst wegen des Limes-Park-Projektes auf Eis, sollte jedoch nach der Ansiedlung weiterer Betriebe intensiviert werden (s. vorne 4.3.0).

*Eine intensive Bewerbung der Gewerbeflächen wäre derzeit kontraproduktiv, da bereits viele Anfragen vorliegen und regelmäßig Gespräche mit ansiedlungswilligen Betrieben stattfinden.*

## **Wirtschaft – Innenstadt-Entwicklung- Stadtmarketing**

### **Nutzung leer stehender Gebäude**

Um die Attraktivität der Altstadt zu erhalten und wo nötig zu steigern, ist es notwendig, Leerstände zu vermeiden bzw. leer stehende Ladenlokale einer neuen Nutzung zuzuführen sowie brach liegende Flächen zu bebauen.

*Zwei Großprojekte, die im Laufe der kommenden Jahre realisiert werden sollen, tragen erheblich zur Stärkung der Altstadt bei: Auf dem ehemaligen Brauhausgelände am Dönnersberg wird Wohnbebauung entstehen und der Hezelhof in der Segringer Straße wird nach der Umnutzung Appartements/ Ferienwohnungen beherbergen. Eröffnung des Hezelhofes ist für Februar 2008 geplant.*

*Daneben wurde der traditionsreiche Gasthof Sonne saniert und nach Beendigung der Umbaumaßnahmen wieder als Restaurant mit Café genutzt.*

*Im ehemaligen Haus A (Rüstigenheim) der Hospitalstiftung konnte übergangslos die Einrichtung eines Internats für die Schüler der staatl. Berufsschule realisiert und so ein Leerstand vermieden werden. Bauherr des Schülerheimes ist die Stiftung, Betreiber der Landkreis Ansbach (s. vorne 1.1.1).*

*Im Spitalkomplex wurden daneben die bisher vom staatl. Gesundheitsamt genutzten Räumlichkeiten dem Pflegebetrieb der Hospitalstiftung zugeschlagen, der damit eine größere Kapazität und höhere Wirtschaftlichkeit erreicht (Einweihung 22.11. 2007).*

*Die Spitalscheune wird derzeit zum festen Haus für das Städtetheater umgebaut; Einweihung des „Theater im Spitalhof“ ist für Mai 2008 geplant.*

*Die zeitweilig ungenutzte Kornscheune an der Bauhofstraße wurde zum Zeughaus der Kinderzeche und das bisher unter Wert genutzte Alte Rathaus wird das Historische Museum der Stadt beherbergen, Einweihung des „Haus der Geschichte Dinkelsbühl“ wird im Oktober 2008 sein.*

**Gewerbegebiet-Ost**

In mehreren Gesprächen und auch durch schriftliche Anträge haben die Gewerbetreibenden im Gewerbegebiet-Ost darauf hingewiesen, dass ihnen nach der Eröffnung der Umgehungsstraße St.Str. 2218 Kunden abgewandert seien. Die Umsätze seien stark rückläufig. Zur Sicherung der Gewerbebetriebe bzw. der dort vorhandenen Arbeitsplätze besteht dringender Handlungsbedarf. Folgende Schritte müssen umgehend eingeleitet werden:

**1. Bewerbung des Gewerbegebietes-Ost:**

- amtliche Wegweisung auf der St.Str. 2218
  - „Dinkelsbühl-Ost, -Centrum“ (schwarze Schrift mit gelbem Hintergrund)
  - „Gewerbegebiet-Ost“ (schwarze Schrift mit weißem Hintergrund)
- amtliche Wegweisung auf der B25
  - „Gewerbegebiet-Ost“ (schwarze Schrift mit weißem Hintergrund)
- amtliche Wegweisung auf den Gemeindestraßen
  - „Gewerbegebiet-Ost“ (schwarze Schrift mit weißem Hintergrund); z.B. am Kreisverkehr in der Wassertrüdingen Str.

Finanzierung:

Kosten müssen vom Freistaat Bayern bzw. der Stadt getragen werden

Eine Besprechung dazu hat bereits stattgefunden.

**2. Wegweisung innerhalb des Gewerbegebietes-Ost:**

- Anbringung überörtlicher Piktogramme/Übersichtlichkeit durch Schlagworte (Verkehrssystem in Absprache mit den Gewerbetreibenden)
- Anbringung örtlicher Individualschilder (z.B. bei Straßenabzweigungen)

Die Systematik muss dem Verkehrsteilnehmer auf den ersten Blick verständlich sein.

Finanzierung:

Kostenübernahme durch die Gewerbetreibenden

**3. Bewerbung mit einem Pylon:**

Anbringung eines Pylon im Bereich der Abzweigung der Wassertrüdingen Str. von der St.Str. 2218 (außerhalb der Anbauverbotszone herangerückt an die bestehende Bebauung) mit einer Höhe von ca. 10m.

Bewerbung mit einem beleuchteten Piktogramm (z.B. Einkaufen/Freizeit), vergleichbare Konzepte wurden bereits besichtigt, mit den Gewerbetreibenden das Vorgehen besprochen.

Verfahren:

Das weitere Vorgehen ist mit dem Straßenbauamt Ansbach und der Reg. v. Mittelfranken abzustimmen, wobei Genehmigungsbehörde die Stadt ist.

Finanzierung:

Kostenübernahme durch die Gewerbetreibenden

Dringlichkeit:

hoch

**4. Abschleifen der Ein- bzw. Ausfahrt der Wassertrüding Str. / St.Str. 2218:**

Eine Modifizierung (Nachbesserung des Provisoriums) wird zur Verkehrssicherheit und Leichtigkeit der Verkehrsführung beitragen.

Finanzierung:

Kostenübernahme durch die Stadt ggf. unter Beteiligung der Gewerbetreibenden

Dringlichkeit:

mittel

**5. Einrichtung einer Rechtsabbiegespur auf der St. Str. 2218:**

Eine Rechtsabbiegespur erscheint zur Erleichterung des Verkehrsflusses sachdienlich zu sein. Die Maßnahme muss mit dem Straßenbauamt abgesprochen werden.

Finanzierung:

Freistaat Bayern und die Stadt

Dringlichkeit:

Mittel

**6. Verhinderung der Abwanderung von ALDI aus dem Gewerbegebiet-Ost:**

Eine Verlagerung von ALDI würde zu einer erheblichen Verringerung der Kundenverkehre und damit zu einer Gefährdung des Gewerbegebietes führen.

Ende Februar wird daher ein Gespräch mit ALDI stattfinden, Ziel muss es sein, zusätzlich Einzelhandelsbetriebe anzusiedeln. Ein Grundsatzbeschluss des Bauausschusses liegt vor.

**7. Zusammenarbeit Gewerbetreibende/Stadt:**

Die Zusammenarbeit muss unbedingt verbessert werden. Es erscheint sachdienlich, wenn die Gewerbetreibenden einen oder mehrere zentrale Ansprechpartner benennen, welche in „kleiner Runde“ mit der Stadtverwaltung das weitere Vorgehen absprechen können.

Am 26.04. 04 hat Gespräch mit Gewerbetreibenden im Gewerbegebiet Ost stattgefunden.  
Ergebnis:

Anstatt mit dem Begriff „Gewerbegebiet Ost“ wird nun mit dem Begriff „Gewerbepark“ auf das Gebiet aufmerksam gemacht und die Wegweisung (an der B25 und St. 2218) entsprechend geändert

Mit einem Vorwegweiser an der Luitpoldstr./ Alte Neustädtleiner Straße besteht Einverständnis.

Als Verkehrsleitsystem wird das sog. Crailsheimer Modell bevorzugt. Die Stadt unterstützt die Gewerbetreibenden bei der Aufstellung der Hinweisschilder in Form von Arbeitsleistung des Bauhofes.

Als weitergehende Maßnahme ist an die Aufstellung eines Werbepylons gedacht.

*Die Maßnahme wird derzeit nicht weiterverfolgt, stattdessen soll quer über die Zufahrtsstraße in Höhe ALDI/Müllermarkt ein Werbebanner angebracht werden.*

Eine Abbiegespur von der St2218 erhöht lt. Straßenbauamt die Verkehrssicherheit nicht und wird daher auch nicht gebaut.

In der Sitzung des Bauausschusses am 7.04.04 wurde über das Abschleifen der Kurve im Einmündungsbereich in die St 2218 beschlossen (Variante 2 der vom SBA vorgelegten Alternativen). Die Baumaßnahme mildert die 90° Kurve ab.

*Maßnahmen sind (außer Aufstellen eines Werbepylons - dazu gab es kein einheitliches Meinungsbild) abgeschlossen.*

*Auf einem städtischen Grundstück an der Wassertrüdingen Straße entstand im Laufe des Jahres 2006 ein Drogeriemarkt der Fa. Müller sowie ein Textilmarkt, dazu verlagerten ALDI und Deichmann ihre Filialen in die Nachbarschaft. Damit erfährt der Gewerbepark Ost eine erhebliche Attraktivitätssteigerung, die Kundenfrequenz wird erhöht.*

*Die Stadt Dinkelsbühl baute den Gehsteig zu den Märkten, die Eröffnung fand im November 2006 statt.*

**Betriebsansiedlungen an der Ellwanger Straße**

Die Stadt sollte sich umgehend Klarheit darüber verschaffen, welche Entwicklung sie im westlichen stadtrandnahen Bereich bevorzugt. Zahlreiche Bürger haben bereits zu Recht angemahnt, dass der westliche Sektor der Stadt bis hin zur baden-württembergischen Landesgrenze hinsichtlich Dienstleistungsangeboten und der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs nicht hinreichend ausgestattet ist. Auch im Hinblick auf die dringend erforderliche Steigerung von Kaufkraftabschöpfung aus dem Umland (und zwar länderübergreifend), erscheint der Bereich interessant, da die Stadt nicht umfahren werden muss.

Angedacht werden sollte die Ansiedlung von stadtnahem Einzelhandel kombiniert mit Parkflächen. Dies hätte darüber hinaus den Vorteil, dass die Innenstadt fußläufig erreicht werden kann, d.h. die Anzahl parkender PKW's in der Stadt reduziert werden könnte und der innerstädtische Einzelhandel eine Belebung erfahren würde.

Das zusätzliche Angebot sollte sich mit dem bereits in der Innenstadt bestehenden ergänzen und nicht in Konkurrenz zu diesem treten. Die mögliche Angebotspalette sollte unbedingt mit der Regierung von Mittelfranken und dem örtlichen Einzelhandel abgestimmt werden. Die Grundstückseigentümer müssen dabei einbezogen werden.

Denkbare Projekte wären (Anfragen liegen zum Teil bereits vor):

- 1. Autoservicecenter (Tanken und Waschen)**
- 2. Einzelhandel**
- 3. Hotel/Gastronomie**
- 4. Parkflächen**

Der Stadtrat hat bei seiner Sitzung am 17.11. 03 beschlossen, den Bebauungsplan für das fragliche Gelände in ein Sondergebiet „Mode- und Einkaufsmarkt zu ändern. Für das Gebiet liegt ein Bauantrag auf Errichtung eines Modemarktes (Verkaufsfläche 1500 qm) und eines Einkaufsmarktes (Fläche 700 qm) vor.

In der Stadtratssitzung am 24. November 2004 wurde der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Ellwanger Straße gefasst. Allerdings verfolgt der örtliche Investor die Pläne für den Bau eines Mode- und eines Einkaufsmarktes am Standort derzeit nicht mehr.

Im Oktober 2005 eröffnete der Indoor-Spielplatz Mega-Play an der Ellwanger Straße.

Einem Baugesuch eines Holz verarbeitenden Betriebes – hochwertige Schreinereierzeugnisse – wurde zugestimmt. Die Eröffnung des *wohnzimmer* fand im November 2007 statt.

### 4.5.3

## Wirtschaft – Konkrete Projekte

### Standorterhaltung für Autohäuser

Die Autohäuser innerhalb der Stadt sind Prestigeträger. Ihr Erhalt muss gesichert werden. Eine Evaluierung wird durchgeführt.

Es wurden bereits mehrere Gespräche mit der Daimler/Mercedes-Niederlassung Wüst & Weigand geführt.

Ergebnis:

- Am Standort Dinkelsbühl wird festgehalten;
- aufgrund der wirtschaftlichen Situation allerdings kein Neubau geplant;
- Pachtvertrag am derzeitigen Standort wurde bis 2006 verlängert.

*In der Bauausschusssitzung vom 2.08. 06 wurde ein Erweiterungsbau in Richtung Brühl genehmigt (Ausstellungshalle mit 625m<sup>2</sup>, Fertigstellung noch für 2006 geplant), so dass o .e. Einschätzung zur wirtschaftlichen Situation hinfällig ist. Die Einweihung fand am 30. März 2007 statt.*

Auch mit den weiteren Autohäusern besteht engster Kontakt. Städtische Unterstützung wird auf allen Gebieten angeboten.

*Mittlerweile hat am Stauerwall ein weiteres Autohaus mit Werkstatt gebaut.*

### **Bebauung des ehemaligen Molkereigeländes**

*Das Gelände ist einem Bauträger zur Vermarktung und Klärung der Bebaubarkeit übertragen worden. Zurzeit liegt ein Bauantrag auf Errichtung eines Einzelgroßhandels vor, wobei der Betreiber nicht bekannt ist.*

Nach hiesiger Rechtsauffassung handelt es sich bei dem Areal, insbesondere wegen seiner Größe und der Lage um ein im Innenbereich liegendes Außenbereichsgrundstück, sodass ein Planungsbedürfnis seitens der Stadt Dinkelsbühl gegeben ist. Dies bedeutet, dass wohl zurzeit kein individuelles Baurecht gegeben ist, d.h. die Stadt über ihre Planungshoheit die Nutzung des Geländes beeinflussen kann. Bei Ansiedlung eines Einzelhandelsgroßmarktes ergibt sich das Gestaltungsrecht wohl auch daraus, dass bei Gefahr des Abzuges von Kaufkraft aus der Innenstadt die Stadt dem Freistaat Bayern gewährte Städtebaufördermittel zurückerstatten müsste. Ob dies zu befürchten ist, ist bereits bei der Regierung von Mittelfranken angefragt worden.

#### Vorschlag:

Die Nutzung und Verwertung des Geländes liegt grundsätzlich im Interesse der Stadt. Die Art der Nutzung muss aber innenstadtverträglich und entwicklungsfördernd sein. Allein Standortverlagerungen sind nicht sachgerecht. Es sollte umgehend mit den Stadträten geklärt werden, welche Entwicklung an dem Standort gewünscht wird.

Anschließend erscheint ein Abstimmungsgespräch mit dem Bauträger dringend geboten. Ziel muss jedenfalls eine einvernehmliche Lösung bzw. Vorgehensweise sein.

Ein erstes Gespräch mit dem Bauträger erfolgte im Dezember 2003. Ziel der Unterredung war, Betriebe anzusiedeln, die sich positiv auf die Gesamtstadt auswirken.

Inzwischen (Stand 2004) wurde Gelände an privaten Investor veräußert. Zumindest bis zum 31.12.04 ist keine Planung und bis zum 30.06.05 kein Bau eines Lebensmittelmarktes auf dem Gelände zulässig.

*Die in der Zielvorgabe genannten Überlegungen wurden durch einen privaten Bauträger verwirklicht. Es entstand ein Wohn- und Dienstleistungszentrum (Ärztehaus) in einem Neubau sowie teilweise durch Einbindung des Bestandes, die Einweihung hat im Mai 2006 stattgefunden.*

## 4.5.5

### Wirtschaft – Konkrete Projekte

#### **Sparkasse Dinkelsbühl**

Die Eigenständigkeit der Stadtparkasse ist zu sichern. Die Eigenständigkeit ist insbesondere im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung als Form der Wirtschaftsförderung der Stadt von größter Bedeutung.

Ziel muss es sein, Maßnahmen zu ergreifen, um die Eigenständigkeit zu erhalten. Diesbezüglich ist die Vorstandschaft zu beauftragen, ein Konzept zu erarbeiten.

Eine Fusion der Sparkassen Dinkelsbühl und Rothenburg ist zurzeit auf politischer Ebene seitens Rothenburg nicht gewollt.

**Beteiligung an der KSV GmbH**

Im Juli 2005 wurde die „KSV - Die regionale Klärschlammverwertungs GmbH“ mit Sitz in Dinkelsbühl gegründet. Mittlerweile sind daran 24 Kommunen aus Bayern und Baden-Württemberg beteiligt, darunter auch die Städte Dinkelsbühl und Crailsheim. Unter Federführung der Stadtwerke Crailsheim GmbH wird die KSV GmbH im Industriegebiet Dinkelsbühl-Waldeck eine Anlage zur Trocknung und anschließenden Mineralisierung des in den beteiligten Kommunen anfallenden Klärschlammes errichten. Die für Trocknung des Klärschlammes und die Mineralisierung benötigte Wärme bzw. Energie wird in einem Biomassekraftwerk erzeugt, das vor allem mit Holz aus der Region beheizt werden soll. Vollkommen neuartig in Deutschland ist die Kombination der Mineralisierungsanlage mit dem Biomassekraftwerk.

Im Biomassekraftwerk entstehende Abwärme wird den sich in Waldeck befindlichen bzw. neu hinzukommenden Gewerbebetrieben angeboten; diese sind durch die Versorgung mit Fernwärme dann unabhängig von den Teuerungen am Erdgas- und Erdölmarkt und ersparen sich im übrigen den Einbau einer eigenen Heizanlage; dadurch gewinnt Dinkelsbühl-Waldeck als Standort einen deutlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Kommunen.

Baubeginn war im Herbst 2006; mit der Fertigstellung der Anlage wird zum Ende des Jahres 2007 gerechnet.

*Das Blockheizkraftwerk nahm zum Jahresende 2007 seinen Betrieb auf.*

**Erdgaspreise – so genannter Erdgas-Streit**

Nachdem sich die Stadt Dinkelsbühl im September 2004 geweigert hatte, den Erhöhungsautomatismus bei den Erdgaspreisen mitzumachen, kam es durch den von Dinkelsbühl herbeigeführten Wechsel des Gaslieferanten im Juli 2005 zur Trennung vom bisherigen Lieferanten und Mitgesellschafter an der Erdgas Dinkelsbühl GmbH, N-Ergie. Daraufhin sind ein gesellschaftsrechtliches Verfahren beim Landgericht Ansbach und ein kartellrechtlicher Prozess beim Landgericht Nürnberg-Fürth von der N-Ergie AG gegen die Erdgas-Dinkelsbühl GmbH eingeleitet worden.

*Das mittlerweile rechtskräftige Urteil des Kartellgerichts bestätigte das Vorgehen der Stadt in allen Punkten, das Landgericht Ansbach gab der Stadt in Fragen des Gesellschaftsrechts im Wesentlichen Recht.*

*Durch den Wechsel des Gaslieferanten fiel die aufgrund gestiegener Weltmarktpreise notwendige Preiserhöhung für Kunden der Dinkelsbühler Erdgas GmbH vergleichsweise niedrig aus.*

*Auch zum 1.09. 06 mussten die Erdgaspreise wieder angehoben werden, allerdings maßvoll im Vergleich zu anderen Anbietern. Außerdem konnte ein Festpreis bis zum 31.08. 07 vereinbart werden, so dass die Verbraucher kalkulieren können und in den nächsten zwölf Monaten von weiteren Erhöhungen verschont bleiben.*

*Laut einem bundesweiten Preisvergleich der Kartellbehörde liegen Ende 2006/Anfang 2007 die Gaspreise in Dinkelsbühl auf Rang 126 von 739 gelisteten Anbietern, in Bayern nimmt die Erdgas Dinkelsbühl GmbH Rang 5 (!) ein.*

*Mit Stadtratsbeschluss vom 28.02. 2007 übernahm Dinkelsbühl die Geschäftsanteile an der Erdgas GmbH rückwirkend zum 1. Januar 2007 vollständig von der N-ERGIE AG. Damit kann die Erdgas Dinkelsbühl GmbH künftig völlig unabhängig im Gasgeschäft agieren.*

## 5.1.0 Finanzen

Die finanzielle Situation der Stadt Dinkelsbühl hat sich in den letzten Jahren wesentlich verschlechtert. Laut Haushaltsgenehmigungsbescheides des LRA Ansbach sind ab 2005 kaum mehr Gestaltungsspielräume für den investiven Bereich gegeben. Selbst dringlichste Maßnahmen sollen danach nicht in Angriff genommen bzw. geschoben werden.

Um die Handlungsfähigkeit der Großen Kreisstadt Dinkelsbühl auch in den nächsten Jahren zu erhalten, ist es unabdingbar, der Konsolidierung des Haushaltes und dem Schuldenabbau oberste Priorität einzuräumen.

Dabei werden alle Fraktionen in der Pflicht sein, konkrete Sparvorschläge zu unterbreiten. Ziel muss es sein, den 2. Bauabschnitt des Hauptschulneubaues (ca. 4,0 Mio. Euro) ausgenommen, keine neuen Schulden aufzunehmen. Seitens des Kämmers wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass einer weiteren Zunahme der Verschuldung eine entschiedene Absage erteilt werden muss.

Wurde bei der Verabschiedung des HH erneut unterstrichen. Der HH-Plan 2004 wurde auf das dringend Notwendige abgespeckt. Gleichwohl ist infolge der Erhöhung der Kreisumlage und der geplanten Maßnahmen im investiven Bereich nur eine Zuführung an den VMH möglich, die knapp über der Mindestzuführung liegt. Auch die Verwaltung hat Sparvorschläge unterbreitet, von denen manche vom Stadtrat bereits wieder verworfen wurden. Über manch liebgewonnene Einrichtung gerade auch auf der Verwaltungsebene wird noch zu sprechen sein.

*Aus dem Vorbericht zum städt. Haushalt 2005:*

*Nach dem finanziellen Kraftakt „Hauptschule, der in 2005 abfinanziert sein wird, steht mittelfristig die Sanierung der Grundschule an. Mit Fertigstellung der Arbeiten an der Grundschule muss die Investitionstätigkeit der Stadt deutlich zurückgefahren werden, so dass die Vermögenshaushalte der nächsten Jahre ohne Neuverschuldung auskommen. ... Die Stichpunkte „Finanzierbarkeit, Leistungsfähigkeit und Verschuldung“ werden die Stadt auch in den nächsten Jahren begleiten.*

*Es gilt auch für das Jahr 2006 weiterhin das im Vorbericht zum Haushalt 2005 Gesagte! Allerdings kommt der HH 2006 aufgrund verbesserter Zuflüsse (z. B. Gewerbesteuer!) ohne eine Netto-Neuverschuldung aus. Ab dem HH-Jahr 2008 muss die Investitionstätigkeit der Stadt und damit zusammenhängend die Neuverschuldung zurückgefahren werden. Durch hohe Gewerbesteuer-Rückzahlungen im 3. Quartal 2006 hat sich die bisherige Gewerbesteuerentwicklung in 2006 deutlich verschlechtert. Aus diesem Grund ist weiterhin äußerste HH-Disziplin erforderlich. Es ist zudem zu prüfen, welche Maßnahmen geschoben oder zurückgestellt werden können, um den HH-Ausgleich sicherzustellen.*

*Der Vorbericht zum städt. Haushalt 2007 nennt die Finanzsituation der Stadt weiterhin schwierig. Vor allem die Gewerbesteuerentwicklung ist stark schwankend (s. o.). Allerdings zeichnet sich bei der Einkommenssteuer aufgrund der anziehenden Konjunktur eine positive Entwicklung ab. Mit Ende der Grundschulsanierung muss die Investitionstätigkeit soweit zurückgefahren werden, dass die Haushalte der Folgejahre ohne Nettoneuverschuldung auskommen und sukzessive tatsächlich Schuldenabbau betrieben wird.*

## 5.1.1 Finanzen

### **Bindungswirkung von Verträgen für die Stadt**

#### **1. Verträge ohne Stadtratsbeschluss:**

- Gibt es Verträge ohne Stadtratsbeschluss (d.h. eigenmächtige Vergabe durch die Verwaltungsführung) und ohne nachträgliche Billigung des Stadtrates, obwohl dieser zuständig gewesen wäre?
- Wenn ja, wann sind diese Verbindlichkeiten eingegangen worden?
- Wenn ja, in welchen Bereichen sind solche Verbindlichkeiten eingegangen worden?
- Wenn ja, in welcher Höhe?
- Sind eingegangene Verbindlichkeiten bereits beglichen worden?

Alle Dienststellen der Stadt sind aufgefordert, diese Frage für ihren Zuständigkeitsbereich zu beantworten. Seitens der Kämmerei kann hier die „Untersuchung zur Optimierung der Verwaltungsleistung der Stadtverwaltung“ genannt werden, deren Auftrag eine Kostensumme von rd. 50.000 € umfasste und bei einem Ausgabenstand von rd. 40.000 € abgebrochen wurde (sowohl der WFA als auch der Stadtrat lehnte eine Mittelbereitstellung hierfür ab).

#### **2. Vorgehen bei Gutachterverträgen:**

- Welche Gutachter- bzw. Planungsaufträge sind zurzeit noch nicht beendet, d.h. laufen noch?
- Wie hoch ist das Auftragsvolumen der Aufträge?
- Wie ist die Laufzeit der Verträge?
- Besteht aus Sicht der Stadt in jedem einzelnen Fall die sachliche Notwendigkeit, an den Verträgen festzuhalten?
- Könnten die Verträge gekündigt werden?
- Was sind die finanziellen Konsequenzen der Vertragsauflösung für die Stadt?

Hier wäre nur der Auftrag an das Professorenteam zur Fortschreibung des Altstadtgutachtens zu nennen. Details hierzu wurden von der Bauabteilung zusammengestellt. In einem Gespräch am 18.12.03 wurde betont, dass auch Planungen grundsätzlich zunächst in die eigene Verantwortung des Stadtrates fallen und nur in Ausnahmefällen auf externe Gutachter zugegriffen werden soll.

Bei einem Gespräch am 5.05.04 bei der Regierung von Mfr. mit dem Planungsteam und Vertretern der Verwaltung wurde der Schlussbericht übergeben. Werkberichte davon gehen in die Fraktionen; dem Stadtrat bleibt die abschließende Behandlung des Gutachtens vorbehalten, nachdem letzte Änderungswünsche aus der Runde der Fraktionsvorsitzenden an das Professorenteam weiter geleitet und in das Gutachten eingearbeitet wurden.

*Der Schlussbericht wurde am 30. März 2005 im Stadtrat vorgestellt.*

## 5.1.2 Finanzen

### **Unterbreitung von Einsparmöglichkeiten**

Alle Abteilungen des Rathauses, der Bauhof und die Stadtwerke werden angehalten, mögliche Einsparmöglichkeiten zu unterbreiten.

Auch die Fraktionen sollen Vorschläge einbringen.

Mögliche Einsparpotenziale sollen zunächst in einem Arbeitskreis der Fraktionen (nicht-öffentlich) besprochen werden. Dabei soll es grundsätzlich kein Tabu geben. Einvernehmlichkeit sollte dabei die Prämisse sein. Das Sparpaket soll dann öffentlich diskutiert werden.

Der Auftrag hierzu wurde vom OB an die Verwaltung erteilt. Es wird davon ausgegangen, dass die jeweiligen Dienststellen für ihren Zuständigkeitsbereich entsprechende Vorschläge unterbreiten werden.

Von Seiten der Verwaltung wurde eine Reihe von Einsparungsvorschlägen unterbreitet. Manches wurde vom Stadtrat abgelehnt (Streichung der Referenten, Wegfall des Zuschusses an die FFW, usw.), manches in modifizierter Form angenommen (Kündigung von Mitgliedschaften). Vieles vollzog die Verwaltung von sich aus (Kündigung von Ergänzungslieferungen, Wegfall von Ausschreibungen in der örtl. Presse, Kürzung von Reinigungsstunden) Als besonders erfreuliches Beispiel ist der freiwillige Lohnverzicht von 3% für die Dauer von 1 Jahr (Schuljahr 2004/05) bei den Beschäftigten der städt. Musikschule zu nennen.

### **Verwertungsmöglichkeit städtischer Immobilien**

Die Stadt Dinkelsbühl ist Eigentümerin zahlreicher Immobilien. Ein wesentlicher Teil davon dient privaten Wohnzwecken, d.h. ist nicht öffentlich zugänglich. In den meisten Fällen decken die Mieteinnahmen nicht die Kosten für Unterhaltung und Sanierung.

Wegen der angespannten Haushaltslage erscheint es geboten, eine Bestandsaufnahme zu machen und zu überlegen, welche Immobilien am freien Markt veräußerbar sind. Dies brächte Geld in die Stadtkasse und würde zusätzlichen laufenden nichtgedeckten Fehlbetrag für die Zukunft verhindern.

Zunächst gilt es zu klären, welche Objekte nach diesen Gesichtspunkten geeignet sind und über welche die Stadt verfügen kann (ev. nicht über Vermögen der Stiftung).

#### **1. Bestandsaufnahme:**

- Wie viele Immobilien (zu Wohnzwecken genutzt) besitzt die Stadt?
- Welche Immobilien unterliegen nicht dem sozialen Wohnungsbau?
- Gibt es Immobilien, die zu Unrecht dem sozialen Wohnungsbau unterliegen (Bedarf des sozialen Wohnungsbaus)?
- Welche Mietverträge sind abgeschlossen?

#### **2. Bewertung der Immobilien:**

Nur Immobilien, die für eine Veräußerung geeignet sind: Wie hoch beläuft sich die jährliche Belastung für die Stadt?

#### **3. Voraussichtliche Verwertbarkeit der Immobilien:**

Die Verwaltung wird gebeten, den Sachverhalt zu ermitteln und eine Verkaufsprognose zu erstellen.

*Ergänzung durch: Kämmerei der Stadt Dinkelsbühl – 16.01.2004*

*Das Problem wurde bereits im Jahre 2000 durch den Rechnungsprüfungsausschuss behandelt.*

*Folgende Vorschläge hat der Prüfer seinerzeit unterbreitet:*

- ⇒ Verkauf von geeigneten Immobilien
- ⇒ Modernisierung von Wohnungen nach heutigen Erfordernissen
- ⇒ Ausgleich der Mietausfälle bei Wohnungseinweisung in Stiftungsgebäude durch die Stadt als Obdachlosenbehörde

Die Kämmerei hat eine Liste der grundsätzlich für einen Verkauf in Frage kommenden Immobilien erstellt und eine grobe Vorauswahl getroffen. Ob und welche Immobilien konkret veräußert werden, bedarf vorheriger Abstimmung und Beschlussfassung im Stadtrat.

*Grundstücksverkäufe sind bereits erfolgt. Immobilien wurden sowohl aus ehemals städtischem Besitz wie aus dem Besitz der Hospitalstiftung im Gesamtwert von knapp 900.000 Euro veräußert; weitere Verkäufe wurden in 2006 realisiert (Koppengasse, Dr.-Martin-Luther-Str. 16 und Oberer Mauerweg 2 ). Zum Verkauf stehen noch Immobilien in Sinbronn, und in der Luitpoldstraße. Das Objekt Crailsheimer Straße 23 wurde in 2007 verkauft und soll demnächst abgebrochen werden. An seiner Stelle entsteht ein zentrumsnaher Wohnpark.*

### **Sicherung und Erhalt des Pflegeheims der Hospitalstiftung**

Noch während der Beratungen zum Haushalts 2004 drohte dem Pflegeheim im Spital aufgrund eines erheblichen jährlichen Defizits von etwa 180.000 Euro die Schließung.

Durch Einspar- und Umstrukturierungsmaßnahmen und insbesondere durch den Verzicht der Mitarbeiterinnen auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld und ihre Bereitschaft, künftig 40 Wochenstunden ohne Lohnausgleich zu arbeiten, konnte das Pflegeheim der Hospitalstiftung erhalten werden.

*Beginnend im Jahr 2006 wird der räumliche Standard im Pflegeheim durch Umbaumaßnahmen unter Einbeziehung der Räume des ehemaligen Gesundheitsamtes qualitativ und quantitativ verbessert. Eine durchgehend gute Auslastung des Pflegeheimes trägt entscheidend zum Erhalt der Einrichtung bei.*

*In der Stadtratssitzung vom 13. Dezember 2006 wurde der Einbau eines neuen Aufzuges beschlossen, die Maßnahme war zuvor mit Heimleitung und Heimaufsicht abgestimmt worden.*

*Baubeginn für den Gesamtumbau war im Januar 2007, Fertigstellung war im November 2007.*

## **6.1.0**

### **Maßnahmen in den Stadtteilen**

Wegen der finanziellen Engpässe der Stadt Dinkelsbühl erscheint es wichtig, auch hinsichtlich der einzelnen Stadtteile bereits jetzt die anstehenden Maßnahmen zu ermitteln und für den erwähnten Zeitraum ein Umsetzungskonzept zu erarbeiten. Dabei ist es zwingend erforderlich, die Ortssprecher als die entscheidenden Ansprechpartner in das Verfahren mit einzubeziehen.

## 6.1.1

### Maßnahmen in den Stadtteilen

#### **Ermittlung der anstehenden Maßnahmen mit den Ortssprechern**

##### **1. Aufforderung an die Stadtteilsprecher zur Abgabe einer Maßnahmenliste:**

- Maßnahmen, die in dem jeweiligen Stadtteil als notwendig erachtet werden
- grobe Kostenschätzung der einzelnen Maßnahme
- gewünschter Umsetzungszeitraum
- Prioritätenreihung

##### **2. Erarbeitung einer Prioritätenliste mit allen Stadtteilsprechern:**

Die Verwaltung wird gebeten, ein realistisches Investitionsvolumen pro Jahr anzusetzen, d.h. die Finanzierbarkeit zu klären.

Mit allen Stadtteilsprechern wird ein verbindlicher Gesamtplan festgelegt.

*Prioritätenliste mit den Stadtteilsprechern zusammen erarbeitet. Umsetzung des ersten Maßnahmenkatalogs ist weitgehend abgeschlossen.*

*Derzeit wird ein zweiter Maßnahmenkatalog erstellt und in einer Ortssprecherversammlung am 15. Januar 2008 mit den Ortssprechern abgestimmt.*

## Maßnahmen in den Stadtteilen – Konkrete Projekte

### Maßnahmen der Dorferneuerung

#### Verfahren Segringen

Fertigstellung des 1. Bauabschnittes (unterer Dorfplatz mit Buswendeschleife im Bereich Gasthaus Klein und oberer Dorfplatz im Bereich der Kirche/Gasthaus Dollinger) in den Jahren 2003/04

Fertigstellung des 2. Bauabschnittes (Ortsstraße Pfarrberg, Dorfplatz Unterwinstetten) in den Jahren 2004/05.

*Die weiteren Abschnitte (Straßen in Rain und Unterwinstetten) sind in den Jahren 2006 bis 2008 geplant und im Haushalt vorgesehen. Die Straßenbaumaßnahme in Rain wurde im Sommer 2007 umgesetzt. Wolfertsbronn wurde aus dem Verfahren genommen, da das Gemeinschaftshaus (s. dort) auf anderem Weg realisiert wurde.*

#### Verfahren Oberwinstetten

Hier wurde im Rahmen der Flurbereinigung im Jahre 2005 ein neues Buswartehäuschen aufgestellt.

#### Verfahren Langensteinbach

Fertigstellung des 1. Bauabschnittes im Jahre 2006.

*Planung des 2. Bauabschnittes (Umgestaltung Dorfplatz) im Jahre 2006, Umsetzung 2007 abgeschlossen, da sich entgegen früherer Annahmen die Mittelausstattung deutlich verbesserte (der 2. Bauabschnitt (Dorfplatz in reduziertem Umfang) und der Ausbau der Ortstraße war für 2008 geplant).*

#### Verfahren Sinbronn

Das Verfahren umfasst die Stadtteile Botzenweiler, Sinbronn, Karlsholz und Bernhardswend. Die Flurbereinigung wurde im Jahre 2004 angeordnet.

*Anordnung des Verfahrens Bernhardswend für November 2007 geplant. Umsetzung der Maßnahmen voraussichtlich 2009/2010.*

*Allgemein hängt der Fortschritt bei den Dorferneuerungsmaßnahmen sehr von der Bereitstellung der Mittel durch das Amt für ländliche Entwicklung ab. Die Aussichten stellen sich hier im Vergleich zu 2006 wesentlich positiver dar (s.o. Langensteinbach).*

## Maßnahmen in den Stadtteilen – Konkrete Projekte

### Maßnahmen der Abwasserbeseitigung

#### Unterwinstetten/Holzapfelshof

Bau der Kanalisation mit Pumpwerk in den Jahren 2004/05

#### Oberradach

Anschluss an die Abwasserschiene West. Baubeginn im Jahre 2005; *Fertigstellung im Jahre 2006 (zugleich Sanierung der Dorfstraße).*

#### Hellenbach/Lohe

Anschluss an die Abwasserschiene Schopfloch mit je einem Pumpwerk in Hellenbach und Lohe; Baubeginn 2005, *Fertigstellung 2006 (zeitgleich Erneuerung der Dorfstraße).*

#### Seidelsdorf

Anschluss an die Abwasserschiene West , Bau eines Regenrückhaltebeckens mit Bodenfilteranlage. Baubeginn und Fertigstellung im Jahre 2004.

#### Weidelbach

Bau einer pneumatischen Pumpstation, Umbau der Kläranlage Weidelbach, Verlegung einer Druckleitung von Weidelbach nach Waldeck und Anschluss an die Abwasserschiene West. Bau der Druckleitung im Jahre 2004, Umbau Kläranlage und Pumpwerk in den Jahren 2005/06.

#### Burgstall

Anschluss an die Abwasserschiene Schopfloch. *Bau des Ortskanals in 2006, Bau der Druckleitung und des Pumpwerks im Jahre 2007.*

#### Gersbronn

Anschluss an das RÜB an der Kobeltsmühle geplant. *Planung und Bauentwurf 2006, Umsetzung der Maßnahme 2007/08.*

Bernhardswend

Erneuerung der Ortskanalisation, Bau einer dezentralen Kläranlage. *Planung und Bauentwurf 2008, Umsetzung der Maßnahme hängt vom Fortgang der Dorferneuerung ab (s. vorne).*

Oberhard

Erneuerung der Ortskanalisation, Bau einer dezentralen Kläranlage. *Planung und Bauentwurf 2008.*

## **7.1.0** **Verfahrensfragen**

Grundlage einer erfolgreichen Kommunalpolitik ist ein offenes, ehrliches, eindeutiges und verlässliches miteinander Umgehen. Dabei gilt das unumstößliche Gebot der Gleichbehandlung aller Stadträte.

Der Bürger muss bei allen Entscheidungen das Maß aller Dinge sein, d.h. er ist der Mittelpunkt. Es geht einzig und allein um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger und der Stadt Dinkelsbühl.

Die Verwaltung nimmt dabei eine zentrale Rolle ein. Bereits aus diesem Grund ist ihr gegenüber ein besonderes Vertrauensverhältnis aufzubauen.

## 7.1.1 Verfahrensfragen

### Rechtzeitige und vollumfängliche Information

#### 1. Bildung eines Strukturarbeitskreises:

- Umbenennung des „Ältestenausschusses“ in „Runde der Fraktionsvorsitzenden“ (mit Vertreter von Bündnis90/Grünen)
- Der Arbeitskreis bekommt eine vorberatende Funktion für Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse (Themen von grundsätzlicher Bedeutung bzw. von Maßnahmen mit merklichen finanziellen Auswirkungen für die Stadtkasse).
- Der Arbeitskreis wird auch über Verhandlungen von grundsätzlicher Bedeutung bereits im Vorfeld informiert.

#### 2. Informationsweitergabe:

- Grundsatz: Gleichbehandlung aller Stadträte
- Die Ladungsfrist für Sitzungen (Stadtrat/Ausschüsse) wird auf 1 Woche verlängert
- Den Ladungen liegen zur ordnungsgemäßen Vorbereitung der Sitzungen in aller Regel die notwendigen Informationen bei, bzw. diese werden bereits vorher an die Fraktionsvorsitzenden weitergegeben. Tischvorlagen sollen die Ausnahme bilden.
- Der Grundsatz der Öffentlichkeit der Sitzungen wird strikt eingehalten
- Allen Stadträten soll grundsätzlich Akteneinsicht gewährt werden.

#### 3. Erarbeitung eines einvernehmlichen Handlungsprogramms für die nächsten Jahre:

- Ziel: eine freiwillige Bindungswirkung
- Neue Maßnahmen sollten grundsätzlich nur aufgenommen werden, wenn die Finanzierung gesichert ist, bzw. festgelegte Maßnahmen auch einvernehmlich geschoben werden (Ausnahme).

#### 4. Personelle Maßnahmen:

Information der Runde der Fraktionsvorsitzenden vor Umsetzung

Zu1:

*Die „Runde der Fraktionsvorsitzenden“ hat sich als Strukturausschuss etabliert (Formaler Vollzug bei der Stadtrats-Sitzung am 26.05.2004).*

Zu 2: (Anmerkung Hauptamt):

*Gleichbehandlung aller Stadträte war für die Verwaltung zu allen Zeiten oberstes Gebot. Die Verlängerung der Ladungsdauer auf eine Woche wird eingehalten, führt allerdings zwangsläufig oft zu mehr Tischvorlagen. Alternative aus Sicht der Verwaltung: umfangreich informieren und Ladungsfrist belassen. Der Bericht des Oberbürgermeisters zu Beginn der Sitzung wird positiv aufgenommen. Die Bürger-Frageviertelstunde wird kaum in Anspruch genommen.*

Zu 3:

*Handlungsprogramm wurde erarbeitet, Fortschreibung und Aktualisierung liegen jedoch allein in den Händen der Verwaltung.*

## 7.1.2 Verfahrensfragen

### **Einführung eines langen Behördentages**

Damit wird den Bürgern die Möglichkeit eingeräumt werden, zumindest einmal in der Woche auch nach Arbeitsschluss Behördengänge im Rathaus zu erledigen. An diesem Tag sind alle Arbeitsstellen mit Bürgerkontakt zu besetzen.

- Donnerstag
- Zeitlage bis 19.00 Uhr
- damit einhergehend: flexible Gleitzeitregelung der Mitarbeiter des Rathauses
- Der Oberbürgermeister soll in dieser Zeit anwesend sein. Dies bedeutet, dass jeden Donnerstag Bürger ihre Anliegen auch bei der Rathausspitze vorbringen können.

Der lange Behördentag ist seit dem 1.01.2004 umgesetzt; er endet allerdings um 18.30 Uhr, da danach kein Kundenverkehr zu verzeichnen ist. (s. vorne unter 1.3.0).

## 7.1.3 Verfahrensfragen

### Einbindung der Verwaltung

#### 1. Grundsätzliche Anwesenheit der Verwaltung bei Besprechungen:

- Förderung des Informationsflusses
- Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen

#### 2. Entscheidungsdelegation im Genehmigungsverfahren:

Grundsätzlich soll von dem Mitarbeiter die Entscheidung getroffen werden, dem auch die Sachbearbeitung obliegt.

#### 3. Einheitlichkeit der Bauverwaltung:

Durch Umorganisation ist sicher zu stellen, dass alle baurelevanten Gesichtspunkte und Bearbeitungsstellen wieder in einer Organisationseinheit zusammen gefasst sind.

#### 4. Zentrale Unterbringung des Bauhofes:

Es erscheint sinnvoll, den Bauhof aus Effizienzgründen zentral unterzubringen (betrifft vor allem Lagerhallen).

#### 5. Festschreibung von Grundsätzen im Verwaltungshandeln:

z. B im Baugenehmigungsverfahren (Außenbereich, Denkmalschutz...)

#### Ziel:

- Garantie für die Gleichbehandlung der Bürger
- Berechenbarkeit des Verwaltungshandelns für den Bürger
- Wohl der Bürger wird in den Mittelpunkt gestellt

Zu 1:

Die derzeitige Praxis, Mitarbeiter aus der Verwaltung bei Besprechungen dazu zu ziehen, wird durchweg als positiv empfunden.

Zu 2:

Wird im Verwaltungshandeln weitgehend umgesetzt. Allerdings ist auf einen durchgängigen Informationsfluss von unten nach oben und umgekehrt zu achten.

*Seit November 2005 erhalten alle Beschäftigten daher die Ergebnisprotokolle aus den Abteilungsleiterrunden zur direkten Information.*

Zu 3:

Mit der Verfügung vom Januar 2004 umgesetzt. Lediglich Herrn Baurat Göttler wurden, seinem Amt angemessen, selbstständige Befugnisse und Teilbereiche zugestanden.

*Zum 31.12. 2006 ging Stadtbaumeister Zelfel in den Ruhestand, Baurat Holger Göttler folgt ihm im Amt des Stadtbaumeisters, das Bauamt wird somit weiter als eine Organisationseinheit geführt.*

Zu 4:

Entsprechende Mittel wurden im HH 2004 bereitgestellt. Bau wurde überwiegend in Eigenleistung ausgeführt und ist bezogen.

Zu 5:

Wird bereits heute von der Mehrzahl der Beschäftigten praktiziert. Verbindliche, schriftliche Fixierung steht noch aus.

**8.1.0**  
**Entbürokratisierung**

Über verschiedene Maßnahmen, beispielsweise der Abschaffung der Referenten und der Zusammenlegung von Ausschüssen wird einer konsequenten Entbürokratisierung Rechnung getragen.

Diesem Vorschlag aus der Verwaltung hat der Stadtrat leider nicht Rechnung getragen.